

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1926

43 (20.2.1926)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen, Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark, Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstr. 8, Fernsprecher 204. Postfachkonto Karlsruhe Nr. 10 101.



Anzeigenberechnung: Die 8 gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag 1/2 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezahler keine Ansprüche bei verspätetem od. Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 43

Samstag, den 20. Februar 1926

96. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages stimmte den Erklärungen des Außenministers Stresemann in der Frage der Ratifizierung des Völkerbundes zu.

Im Haushaltsausschuss des Reichstages begann der Kampf um das Wirtschaftsprogramm, im Reichstag ging die Aussprache zum Etat des Arbeitsministeriums weiter.

Nach einer Mitteilung eines Abgeordneten im Reichstag soll die Anleihefrist für die Anleihen um vier Wochen verlängert werden.

In Paris haben die Polen eine große Agitation für den Ratifizierung in Genf eingeleitet und Painele unterstützt.

Zwischen der Türkei und Frankreich wurde ein Abkommen über die Grenze Syriens und die Bagdadbahn getroffen.

Umschau.

Die Zusammenfassung des Völkerbundesrats. — Das Deutschland gegebene Versprechen. — Die französischen Intriguen. — Enteignung oder Abfindung der Fürstentümer. — Steuerförmung und Wirtschaftsanhebung.

(Durlach, 20. Februar.)

Die Auseinandersetzungen über die Zahl der ständigen Sitze im Völkerbundesrat sind auch diese Woche weitergegangen, ohne daß bisher über diese Frage völlige Klarheit geschaffen wurde. Es sei hierbei zunächst an folgendes erinnert: Deutschland ist für seinen nun ja angemeldeten Eintritt ein ständiger Sitz in dem engeren Ausschuss des Völkerbundes, dem sog. Völkerbundesrat bindend versprochen worden, und die Völkerbundesversammlung wird ihm durch ein Mehrheitsvotum diesen Sitz zugubilligen haben. Im anderen Fall läge ein glatter Bruch der von den Entente-mächten gegebenen Zusage vor, und Deutschland hätte auch das moralische Recht, sein Aufnahmegeruch rückgängig zu machen, wenn, wie die dem deutschen Außenminister Stresemann nahestehende „Tägl. Rundsch.“ bereits erklärt hat, die Voraussetzungen, unter denen sich Deutschland zum Eintritt bereit erklärte, in einer Weise verschoben werden, die Deutschland als illegal ansehen muß. Im Völkerbundesrat ist einstimmige Zustimmung, in der Völkerbundesversammlung lediglich ein Mehrheitsbeschluß notwendig.

Nach der ursprünglichen Satzung des Völkerbundes sollte der Rat sich aus Vertretern der fünf alliierten und assoziierten Hauptmächte, also England, Frankreich, Italien, Japan und Amerika zusammensetzen, wozu noch Vertreter von vier anderen Bundesmitgliedern kommen sollten. Da Amerika jedoch den Versailler Vertrag und die darin enthaltene Bundesatzung nicht ratifiziert hat, schied es aus. Die übrigen vier Hauptmächte erhielten ständige Sitze, während die Bundesatzung schließlich noch eine Anzahl nichtständige Ratsmitglieder einführte, die durch die Bundesversammlung, je nach dem Erfordernis der politischen Zeitumstände, nach freiem Ermessen jeweils besetzt werden. Ununterbrochen haben solche Sitze Belgien, Spanien und Brasilien innegehabt, zeitweise Griechenland und China. Außerdem haben gegenwärtig solche Sitze noch: die Tschechoslowakei, Schweben und Uruguay. Es hat sich bei den nichtständigen Sitzen sozusagen ein Gewohnheitsrecht für diese Staaten herausgebildet, nachdem es sich gezeigt hatte, daß die Nichtwiederwahl eines Staates als eine Art Degradierung empfunden wurde und böses Blut machte, wie im Fall Chinas. Spanien, Belgien und die Tschechoslowakei streben seit längerem ständige Ratsitze an, um der Gefahr der Nichtwiederwahl zu entgehen, ebenso bewirbt sich, von Frankreich angeregt, Polen um einen ständigen Ratsitz.

Frankreich ist, wie an dieser Stelle schon ausgeführt, offenbar bestrebt, den Eintritt Deutschlands zu „paralisieren“ und sich im Rat möglichst eine sichere Mehrheit zu schaffen. Aber dies Bestreben richtet sich fast noch mehr gegen England, von dem auch naturgemäß, da ja Deutschland noch gar nicht Bundesmitglied ist, der Hauptwiderstand gegen die Vermehrung der ständigen Sitze ausgeht. Deutschland muß wieder sich hier vorerst auch deshalb eine gewisse Zurückhaltung auferlegen, da ja lediglich Polen, Belgien und die Tschechoslowakei sicher auf der französischen Front sich befinden würden, während wir gar keinen Anlaß haben, Staaten wie Spanien und Brasilien, die England als ständige Völkerbundesvertreter unangenehm sein mögen, aber eher deutschfreundlich sind, von vornherein zu vergrämen. Anscheinend sind jetzt Bestrebungen im Gange, die Frage der Zahl der ständigen Völkerbundsitze auf die Hauptversammlung des Völkerbundes im Herbst zu verlagern, da die Märzversammlung, die sich mit der

Aufnahme Deutschlands und der Zuteilung des versprochenen ständigen Sitzes an Deutschland zu beschäftigen haben wird, nicht von allen Staatsmännern besucht, sondern von den überseeischen Ländern lediglich durch ihre in Europa akkreditierten Diplomaten besichtigt wird.

In Frankreich scheint man auch einzusehen, daß es jedenfalls jetzt nicht möglich ist, Polen zugleich mit Deutschland ein ständiges Mandat zu geben, zumal sich nicht nur England, sondern auch Japan und auch die englischen Dominien gegen eine Vermehrung der ständigen Sitze ausgesprochen haben. Mit dem Generalsekretär des Völkerbundes Drummond, der ja diese Woche in Berlin weilte, wird auch diese Frage besprochen worden sein, obwohl die amtlichen Mitteilungen nur davon zu berichten wußten, daß über die Formalitäten des Eintritts und andere technische Fragen wie die Besetzung gewisser Beamtenposten im Völkerbund durch Deutsche verhandelt worden sei.

Das von den Sozialdemokraten und Kommunisten in die Wege geleitete Volksbegehren auf Entschädigungslose Enteignung der Fürstentümer wird nun im kommenden Monat entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen dadurch eingeleitet werden, daß sich in der Zeit vom 4.—17. März diejenigen Wahlberechtigten, welche dafür sind, die öffentlich auszuliegenden Listen einzuzzeichnen haben. Wenn hierbei 4 Millionen Stimmen aufgebracht werden, hat die Reichsregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf mit einem Gutachten dem Reichstag vorzulegen, wobei sie jedoch nicht gezwungen ist, sich zustimmend auszusprechen. Sie hat auch bereits angekündigt, daß sie sich den Inhalt eines solchen Entwurfs in keiner Weise zu eigen machen und weiter darauf hinarbeiten werde, die erforderliche Mehrheit im Reichstag für eine Recht und Billigkeit entsprechende gesetzliche Regelung zu finden. Es ist zwar damit zu rechnen, daß die erforderlichen 4 Millionen Unterschriften für die Einleitung des Volksbegehrens aufgebracht werden und demgemäß ein entsprechender Gesetzentwurf dem Reichstag vorzulegen ist. Dieser Entwurf kann jedoch dort keine Mehrheit finden, da alle Parteien, mit Ausnahme der Sozialdemokraten und Kommunisten sich dagegen aussprechen werden. In diesem Fall muß die Regierung den Entwurf dem eigentlichen Volksentscheid unterbreiten. Soll er Gesetz werden, so müßten rund 20 Millionen Stimmen aufgebracht werden, was aber kaum anzunehmen ist.

Inzwischen gehen die Verhandlungen über den Kompromiß der Regierung weiter. Sie werden nur zum Ziel führen, wenn es gelingt, die Sozialdemokraten hiesfür zu gewinnen, da ein solches Gesetz als verfassungsändernd im Reichstag einer Zweidrittelmehrheit bedarf und die Regierungsparteien hierfür viel zu schwach sind. Die Differenzen gehen u. a. dahin, daß der Regierungsentwurf die bisher nicht geregelten Fälle einer Neuordnung unterwerfen, während die Sozialdemokraten alle Auseinandersetzungen zwischen den Ländern und den Fürstentümern einbezogen wissen wollen. Der Hauptkampf wird sich auf jeden Fall im Reichstag abspielen, auch wenn es zum eigentlichen Volksentscheid kommt, der wie dargelegt, wenig Aussicht hat.

Vor allem aber sind es in der inneren Politik die Wirtschafts- und Finanzfragen, die im Vordergrund des Interesses stehen. Der neue Reichsfinanzminister will die Einbringung der Gesetze zur angekündigten Steuerermäßigung so beschleunigen, daß sie möglichst mit dem 1. April in Kraft treten. Sein Programm ist es, mit allen Mitteln auch von der Steuerseite her den Ablauf der Wirtschaftskrise zu erleichtern.

Da andererseits die Finanzen in Einnahmen und Ausgaben auf alle Fälle im Gleichgewicht gehalten werden müssen, wird es dazu natürlich aller Geschicklichkeit bedürfen. Vor allem will man jetzt zur Trennung der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben schreiten und letztere, wie es auch in der Vorkriegszeit geschah, auf dem Anleiheweg decken, soweit es sich um wirklich werdende Ausgaben handelt, die auch späteren Generationen zugutekommen. Der Minister hat sich vorgestern nochmals im Haushaltsausschuss des Reichstages dazu ausgesprochen u. für eine Notgemeinschaft zwischen Reichsregierung und Reichstag plädiert. An eine Abdrosselung der Sozialpolitik denke die Regierung nicht. Sie wolle die stagnierende Wirtschaft wieder anzukurbeln versuchen, um Arbeit und Brot zu schaffen. Diesem Ziel sollen auch größere Kredite an die Reichsbahn dienen, um dringende notwendige Instandsetzungen, Reparaturen und Bauten auszuführen, die Tausenden Arbeit geben werden.

Deutscher Reichstag

Aus dem Haushaltsausschuss des Reichstages

Berlin, 19. Febr. Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde die Aussprache über die Regierungserklärung aufgenommen.

Abg. Herz (Sos.) erklärte, wenn tatsächlich der Etat so angespannt sei, wie gestern von der Regierung ausgeführt wurde, daß keine Mehrausgabe möglich ist, dann müsse das Steuerentlastungsprogramm der Regierung noch kritischer angesehen werden als vorher. Zu der vom Finanzminister geforderten Notgemeinschaft zur Durchführung seines erwarteten Erwerbsprogramms fehle die Zustimmung der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokraten sind nicht der Überzeugung, daß eine allgemeine Ueberlastung der deutschen Wirtschaft mit Steuern vorliegt. Die Steuerlasten sind in Deutschland ganz ungleich verteilt. Die kleineren und mittleren Unternehmungen leiden viel mehr darunter als die großen. Eine Senkung der Besitzsteuern können wir nicht zustimmen. Die Senkung der Umsatzsteuer könnte die von ihr erhoffte wirtschaftsfördernde Wirkung nur haben, wenn damit entsprechende Maßnahmen in der Wirtschaftspolitik verbunden sind. Die jetzige Wirtschaftskrise beruht auf der Abkühlung. Die Zoll- und Steuerpolitik der früheren Regierung hat die Kaufkraft der breiten Massen tief herabgedrückt.

Abg. Serat (Dn.) führt aus, daß die Reden des Reichsanzalters und des Reichsfinanzministers seiner Fraktion zu einer bestimmten Stellungnahme noch keine Veranlassung und Möglichkeit geben. Für die Erwerbslosen müsse sofort etwas geschehen. Keine Partei werde sich dem Anlaß entschießen können, daß eine Notgemeinschaft zur Behebung der gegenwärtigen Wirtschaftskrise gebildet werden soll. Wir vermissen aber irgend einen greifbaren Plan in den Ministerreden. Von Ueberbühnen könne man doch nicht reden. Man könne auch nicht die als Ausgaben festgelegten Summen zur Deckung des Defizits verwenden. Wenn die Kostenbestände des Reiches zur Deckung des Steuerausfalles herangezogen werden, dann müssen sie doch der Wirtschaft wegschommen werden, die sie jetzt als Kredit haben. Für 1927 lassen sich heute noch keine zuverlässigen Schätzungen machen. Der Reichsfinanzminister setzt in dieser Beziehung einen großen Optimismus.

Reichsminister Dr. Brüder führt aus: Gegen die Regierung ist der Vorwurf der Planlosigkeit erhoben worden. Das Programm der Regierung wird aber ganz fest bestimmt durch die Ueberzeugung, daß jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, wo wir eine grundsätzliche andere Stellung zu unserer Steuerpolitik einnehmen können und müssen. Nachdem jetzt nicht nur die Währungsfrage und die Auslandsanleihen heringekommen sind, sondern auch der Prozeß der Reinigung der Wirtschaft von künstlichen Existenzen weit voranschritten ist, muß an Stelle der Währungsfrage als Vorkurs der Politik die Wirtschaft treten. Ich arbeite an die Sache mit der Vorsehung heran, daß die Erholung unserer Wirtschaft die Steuereinkünfte befördert, die jetzt entfällt, kompensieren wird. Das ist das Programm der Regierung, über das wir uns mit dem Reichstage verständigen wollen. Es handelt sich nicht nur um Steuerentlastung, sondern auch um den Entschluß, die Ausgaben des außerordentlichen Etats auf Anleihen zu verweisen. Auch das ist ein Wagnis, das wir nur unternehmen, weil wir den Glauben an eine Erholung der Wirtschaft haben.

Deutschland.

Besprechungen über die Erwerbslosenunterstützung

Berlin, 19. Febr. Im Reichstag fanden Donnerstag nachmittags Besprechungen zwischen dem Reichsminister, dem Reichsfinanzminister, dem Wirtschaftsminister, dem Arbeitsminister und Vertretern der Regierungsparteien über die Erwerbslosenunterstützungen statt. Es kam folgendes Kompromiß zustande: Die Unterstühtungsätze in der Erwerbslosenfürsorge werden in den Ortsklassen A, B und C mit sofortiger Wirkung erhöht: 1. für Alleinstehende unter 21 Jahren um 20 Prozent, 2. für Alleinstehende über 21 Jahren um 10 Prozent, 3. für alle übrigen Hauptunterstützungsempfänger ebenfalls um 10 Prozent, jedoch nur, wenn sie bereits 8 Wochen nacheinander unterstüht wurden. Die Höchstätze wurden nicht geändert. In der Berücksichtigung der Kinderzahl tritt keine Änderung ein. In der Kurzarbeiterfrage wurde der Beschluß des sozialpolitischen Ausschusses von der Regierung akzeptiert. Danach tritt keine Differenzierung nach Ledigen und Verheirateten ein. Der Unterstühtungsatz für Kurzarbeiter beträgt für den 3., 4. und 5. ausfallenden Arbeitstag den Tageslohn, den der Kurzarbeiter als Vollerwerbsloher erhalten würde.

Der Auswärtige Ausschuss über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund

Berlin, 19. Febr. Im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages berichtete Reichsaussenminister Dr. Stresemann über den Stand der derzeitigen Verhandlungen, die sich auf die Verstärkung des Völkerbundes beziehen. Nach einer umfangreichen Aussprache wurde ein kommunistischer Antrag, das Eintrittsgesuch Deutschlands in den Völkerbund zurückzuziehen, gegen 9 Stimmen abgelehnt. Hierauf wurde vom Vorsitzenden Abg. Hertz (Dn.) festgestellt, daß — unbeschadet der grundsätzlichen Stellungnahme der einzelnen Parteien zum Völkerbund — im übrigen von sämtlichen Parteien des Ausschusses mit Ausnahme der Kommunisten und Bölkischen die Auffassung vertreten sei, daß das Gesuch

um die Aufnahme in den Völkerverbund unter der Voraussetzung geklärt worden ist, daß entsprechend den gepflogenen Verhandlungen und den dabei gegebenen Zusagen Deutschland bei der bevorstehenden Tagung des Völkerverbundes einen ständigen Sitz im Völkerverbund erhält, ohne daß dabei eine weitere Veränderung in der Zusammensetzung des Rates eintritt.

Rheinreise Stresemanns

Berlin, 19. Febr. Am Freitag Abend wird Dr. Stresemann, wie die „B. Z.“ berichtet, nach Köln abreisen, wo er Samstag bei einem Studentenkommer eine Rede halten wird. Am Sonntag wird er Bonn und am Montag in Frankfurt a. M. den Club für Handel, Industrie und Wissenschaft besuchen.

Tschechische Anfrage wegen Helbs Rede

Berlin, 19. Febr. Die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Helb, die bereits Mussolini zu seinen bekannten Reden Anlaß gegeben hat, da sich Helb auch mit den deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei beschäftigt hatte, inzwischen auch die tschechische Regierung zu einem diplomatischen Schritt beim deutschen Außenminister veranlaßt. Dr. Stresemann hat hierbei Gelegenheit genommen, dem tschechischen Gesandten zu erklären, daß die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten nichts mit der Reichsäußenpolitik zu tun hat. Es handle sich lediglich um die parlamentarische Beantwortung einer Anfrage. Im übrigen beobachte auch die Reichsregierung die Lage der deutschen Minderheiten in der Tschechoslowakei mit Sorge und werde auch weiterhin ihre volle Aufmerksamkeit dieser Frage widmen. Der Reichsminister sprach jedoch die Hoffnung aus, daß bei beiderseitigem gutem Einvernehmen eine Regelung möglich sein wird, die den Interessen aller Beteiligten einigermaßen entspricht.

Aus dem Reichsrat

Berlin, 19. Febr. Im Reichsrat finden zurzeit Beratungen über einen Gesetzentwurf betreffend einen Ausschuß zur Unterjudung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft statt.

Anslaud.

Die Schweiz und Rußland

Bern, 18. Febr. In der Nationalratssitzung erwiderete Bundesrat Metta einem sozialistischen Abgeordneten, der eine bestimmte Antwort auf die Frage betreffend die Wiederaufnahme der diplomatischen und der Handelsbeziehungen mit Rußland verweigerte, und erklärte, daß der Bundesrat eine Anerkennung Rußlands nicht aussprechen werde, bevor nicht auch die Verhandlungen über die schwebenden Fragen für die Schweiz eine befriedigende Lösung gefunden hätten.

Aus Syrien

Paris, 19. Febr. Savas meldet aus Beirut: Die Eisenbahnstrecke nach dem Hedchas ist auf eine Länge von 10 Kilometer zerstört. Ein von Palästina kommender Zug ist entgleist. Mehrere Wagen gingen Feuer. Drei Syrier wurden getötet, mehrere verletzt. Auch die Eisenbahnstrecke Damaskus-Kajal ist aufgerissen. Französische Artillerie hat Aufsammlungen von Aufständigen östlich von Damaskus beschossen.

Der französische Senat gegen Steuer-Veröffentlichung

Paris, 19. Febr. Der Finanzausschuß des Senats hat die Artikel der Finanzvorlage mit einigen Änderungen angenommen, aber den Artikel 3, der die Veröffentlichung der Steuerlisten und vor allem die Bekanntgabe der Steuererklärungen der Parlamentarier durch das „Journal Officiel“ vorseht, abgelehnt.

Die französisch-polnische Freundschaft

Paris, 19. Febr. Der polnische Botschafter in Paris, Clapowski, streifte bei einem Frühstück der Gesellschaft der Freunde Frankreichs die Frage der polnischen Kandidatur für den Völkerverbund. Er sagte u. a.: Der Eintritt Deutschlands in den Völkerverbund werde von Polen durchaus nicht befürchtet, aber deutsche Stimmen erhöhen gegen eine Kandidatur Polens für den Völkerverbund Widerspruch. Die nächste Sitzung des Völkerverbundes und die Generalversammlung würden darüber zu entscheiden haben. Polen

Der Siebente.

Roman von Elisabeth Borchart.

43. Fortsetzung.
Nachdruck verboten.
Die vielen Besuche hatten eine Fortsetzung der Vorlesungen von selbst verboten, und nun sie einmal abgebrochen waren, fand sich keine Anknüpfung mehr. Waltraut war im Zweifel, ob sie selbst noch Seegers Dienste in Anspruch nehmen konnte. Was der Kranken erlaubt war, schickte sie vielleicht für die Gesunde nicht mehr, auch hatte er sich ihr nicht wieder zur Verfügung gestellt. Allerdings war sie, durch die Besuche abgehalten, wenig mit ihm in Berührung gekommen, eigentlich nur zu den Mahlzeiten, wobei die Gegenwart der Knaben und Diener eine diesbezügliche Erörterung unmöglich machte. Doch darüber war sie sich klar, daß mit der jähren Veränderung ihrer äußeren Lebensweise durch ihre Gesundung sich eine solche auch in ihrem Verhältnis zu Seeger bemerkbar machte. Wenn sie ihm auch zu heißem Dank verpflichtet war, so blieb er trotz allem nur der Hauslehrer, dem gegenüber sie ihre Herrinnenwürde in jeder Hinsicht bewahren mußte. Trotz aller Güte und Freundlichkeit wußte sie ihre stolze Unnahbarkeit aufrecht zu erhalten, und eben weil sie diese Schranke zog, mochte er es nicht wagen, ihr seine Dienste von neuem anzubieten. Auch er zeigte eine forrekte, diskrete Zurückhaltung, die aber mit der Zeit anfang, sie zu reizen. Was stand denn eigentlich zwischen ihnen? Hatte ihre Gesundung ihn und sein Wesen so verändert? Waren sie nicht dieselben wie vorher?
Sie beschloß nach einigem Hin- und Herüberlegen, das Gespräch auf die Vorlesungen zu lenken und dadurch zu erfahren, wie er über seine Fortsetzung dachte.
Nach dem Mittagessen, als Seeger mit den Knaben den Gschal bereits verlassen wollte, hielt sie ihn zurück.
„Bitte, Herr Seeger — einen Moment.“
Er kehrte sofort um und blieb vor ihr stehen.
„Gnädigste Gräfin befehlen?“
„Wo haben Sie mir doch meinen Nieschje aufgehoben, Herr Seeger?“ fragte sie mit einem Lächeln. „Ich kann das Buch nirgends finden.“

erwarte die Entschcheidung im Vertrauen auf die Gerechtigkeit der Völker, die sich bemühen, ein neues Europa auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationen aufzubauen. Painlevé erwiderte u. a., der Botschafter möge seiner Regierung sagen, daß Frankreich niemals seine Pflicht und seine Freundschaft vergessen werde.

Eine italienische Stimme für den Anschluß Österreichs an Deutschland

Rom, 18. Febr. Die „Voca Repubblicana“ führt unter der Ueberschrift „Österreich und Deutschland“ in einem Leitartikel aus, daß der Anschluß gar nicht aufzuhalten sei und daß er daher auch nicht gegen einen vernünftigen Friedensvertrag verstoße, denn Österreich könne so nicht weiterleben. Wenn die Franzosen sich diesem Anschluß widersetzen, so sei ein Grund dafür nicht einzusehen. Die Friedensbedingungen seien ein Irrtum, wie immer auch das österreichische Problem gelöst werde. Keine Macht könne verhindern, daß die Deutschen in Österreich sich an die Deutschen in Deutschland angeschlossen.

Abschluß eines türkisch-französischen Abkommens

London, 19. Febr. Wie Reuter aus Angora meldet, wurde gestern ein französisch-türkisches Abkommen unterzeichnet, das auch ein Neutralitätsabkommen enthält. Das Abkommen ist von de Zouvenel, dem französischen Oberkommissar in Syrien während seines Aufenthaltes in Angora abgeschlossen worden. Das Abkommen legt einige Grenzberichtigungen in Syrien fest.

Chamberlain über Locarno und Völkerverbund

London, 19. Febr. Die Vereinigung der auswärtigen Presse in London hat am Donnerstag zu Ehren des Staatssekretärs des Äußern, Chamberlain ein Frühstück gegeben, an dem auch die deutschen Pressevertreter und der deutsche Botschafter teilnahmen. Chamberlain hielt eine Rede, in der er, wie gemeldet wird, sagte, die in Locarno begonnene Politik könne nicht in einem Monat oder einem Jahr oder selbst in ein paar Jahren durchgeführt werden. Sie müsse allmählich entwickelt und gesteigert werden durch langandauernde und geduldige Bemühungen der beteiligten Nationen. Mit Locarno sei tatsächlich ein neues Kapitel der Weltgeschichte eröffnet worden. Eine Sorge vieler Personen in diplomatischen Kreisen und tatsächlich weit über die diplomatischen Kreise bilde die Stellung des Völkerverbundes. Die britische Regierung hat über diese Frage noch keine endgültige Entscheidung gefaßt. Man darf die Frage nicht im Licht der Kriegsverhältnisse und der besonderen Gruppierung der Mächte betrachten, sonst gibt es keine Lösung. Die einzige Frage, die man sich zu stellen hat, ist, wie der Rat am besten die Eignung erhalten kann, die ungemein verantwortungsvollen Aufgaben zu erledigen, die ihm jetzt obliegen, und die noch verantwortungsvolleren Aufgaben, die sicher in der einen oder der anderen Richtung jetzt oder später an ihn herantreten werden, ferner wie wir den Völkerverbund und den Rat einrichten können, daß er die Kraft hat, den Frieden zu bewahren, und daß seine Gutachten und Entscheidungen moralische Geltung haben. Die Entscheidung des Völkerverbundes wird in keiner Form beeinflusst oder gelenkt werden durch den Versuch eine Partei innerhalb des Rates zu schaffen. Das wäre eine völlige Verleugnung alles dessen, wonach wir streben sollten, und alles dessen, was wir erreicht haben. Sie wird nicht bitter werden durch irgend einen Wunsch, eine Mehrheit für diese oder jene Auffassung herzustellen. Eine Entscheidung des Rates mit Stimmenmehrheit ist nach unserer Verfassung in nahezu jedem Falle — und ich glaube, ich kann ruhig sagen, in jedem wichtigen Falle — überhaupt keine Entscheidung, denn Einstimmigkeit ist erforderlich. Es ist nicht die Aufgabe des Rates, auf Mehrheitsentscheidungen hinzuwirken. Seine Aufgabe ist es, Meinungsverschiedenheiten auszugleichen.

Aus Baden.

Badischer Landtag

Karlsruhe, 18. Febr. Der Landtag genehmigte in seiner Vormittagsitzung am Donnerstag nachträglich den Administrativkredit von 20 000 Mark für die vier badischen Schlachtungsanstalten sowie den Vertrag vom 5. Juni 1925 über die vier Ergänzung des Redar-Donau-Vertrages vom 1. Juni 1921. — Eine kurze Debatte knüpfte sich an einen schließlichen angenommenen Antrag des Haushaltsausschusses die Regierung zu er-

suchen, 1. jeden Versuch einer Verlängerung des Besoldungsvertrages über den 1. April hinaus oder der Ersetzung durch ein ähnliches Gesetz im Reichstag entgegenzutreten; 2. die Einstellung der noch schwebenden Schiedsgerichtsverfahren zu verlangen. Es folgte der Bericht des Abg. Dr. Föhr (Str.) über die demokratischen Anträge betreffend Kreditbeschaffung. Der Haushaltsausschuß beantragt, die Regierung zu erlauben, zu prüfen, ob und in welcher Weise für Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft langfristige Kredite beschafft werden können. Abg. Scheel (Dem.) erörterte die verschiedenen Möglichkeiten der Kreditgewährung.

Abg. Gündert (D. Vn.) erwartet Hilfe von einer weiteren Entkung der Zinsätze und von der direkten Beteiligung des amerikanischen Ueberschuhkapitals an deutschen Unternehmungen.

Abg. Bok (Komm.) spricht von einer völlig zerfahrenen kapitalistischen Wirtschaft, bei der sich kaum ein Weg finden lasse, um der brennenden Kreditnot abzuhelfen.

In der nachmittags fortgesetzten Debatte über die Kreditbeschaffung wehren sich die Abg. Kallber (Ba. Vn.) und Sack (Str.) gegen eine Produktionssteigerung auf Pump.

Abg. Maier-Deideberg (Sos.) erklärt, seine Partei würde allem zustimmen, was die langfristige Kreditnahme fördern könne.

Abg. Gölzacher (Str.) hofft, daß eine Sikkaktion bald eintreffe im Verein mit dem Abbau der Steuern und Bankzinsen. Die Urent- und Hotelindustrie im Schwarzwald mache eine nie erlebte Krise durch.

Abg. Hermann (Ba. Vn.) setzt sich für langfristigen Personal- und Reallohn ein, ferner für Steinerung des Exports als Voraussetzung für inländische Kapitalanbahnung. Nach einem Schlußwort des Antragstellers Scheel (Dem.) wird der Ausschuhentwurf auf Prüfung der Kreditfrage gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen.

Zur Beratung kommt sodann ein Zentrumsentwurf auf Bewilligung von Eskommissionen- und Konfirmationsbeschlüssen an Kriegerveteranen, Kinder von Kriegsschicksaliten sowie von Sozialrenten-Empfängern aus Mitteln der gehobenen Fürsorge.

Im Haushaltsausschuß war regierungsfreig ein Runderlaß in obigem Sinne ausgearbeitet worden mit dem Vorbehalt, daß darin ausdrücklich anerkannt wird, daß die Besetzungsorgane schon bisher ihre Pflicht getan haben. Der Ausschuh empfiehlt die Annahme des Antrages mit einem von sozialdemokratischer Seite beantragten Zusatz, der die Hilfsmittel auch auf die Kinder der Erwerbslosen ausgedehnt wissen will. Das Haus stimmt nach Befürwortung durch den Abg. Kühn (Str.) dem Ausschuhentwurf zu.

Sodann kommt zur Beratung ein Antrag Dr. Föhr (Str.) auf Errichtung einer Lehrwerkstätte in Verbindung mit der Handwerkerkammer in Konstanz. Der Antragsteller geht von dem Grundgedanken aus, daß heute so viele junge Leute keine Lehrstelle finden könnten.

Innenminister Kemmle entgegnet, die Regierung müsse es ablehnen, ihrerseits die Initiative zu ergreifen. Es blicke dies, das Problem der Lehrwerkstätten generell aufzulösen.

Abg. Gölzacher (Str.) unterstützt die Darlegungen Dr. Föhrs. Abg. Lang (Ba. Vn.) ist grundsätzlich für die Meisterlehre in Verbindung mit der Gewerkschule. Der Antrag Föhr wird mit 31 gegen 23 Stimmen abgelehnt.

Zur Einkommensteuer-Vorauszahlung

Die Gewerbetreibenden, Aktiengesellschaften und G. m. b. H. mit Abschluß in der ersten Kalenderhälfte, waren im Herbst zu veranlassen und haben bereits damals ihre erste Steuererklärung nach dem neuen Gesetz abgegeben, worauf sie inzwischen den Steuerbescheid ausgestellt bekommen haben. Dieser enthält die Abrechnung der bisherigen und die Aufforderung zu neuen Vorauszahlungen. Diese letzteren betragen im allgemeinen ein Viertel der für das letzte Veranlagungsjahr festgestellten Steuer und sind am 15. Februar, 15. Mai, 15. August und 15. November zu zahlen.

Der Uebergang von den alten zu den neuen Vorauszahlungen kann nun zu Härten führen. Ist der Bescheid zwischen 10. Jan. und 15. Februar ausgestellt worden, so war am 10. Januar die Vorauszahlung nach dem alten System zu entrichten, am 15. Februar aber schon ist die erste Zahlung auf Grund des Steuerbescheides fällig. Das hieße, daß statt vier Vorauszahlungen deren fünf zu leisten wären. Gegen diesen abseitlich festgelegten Zustand kann nur eine Gesetzesänderung helfen, und es hat in der Tat der Reichsfinanzminister mit Runderlaß vom 10. Febr. eine Novelle zum Einkommensteuergesetz angekündigt und gleichzeitig die Finanzämter angewiesen, von der Erhebung der Vorauszahlungen am 15. Februar Abstand zu nehmen. Nach Wenderung des Gesetzes würde dann die nächste Vorauszahlung auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer am 10. April fällig sein. Es sollen dann in Zukunft allgemein die Vorauszahlungen, aus wenn sie auf Grund des Steuerbescheides erfolgen, erst nach Ablauf jedes Kalendervierteljahres — statt bisher in der Mitte desselben — erfolgen. Die Landwirtschaft behält aber die bisherigen Termine bei.

Für die am 10. April fällig werdenden Vorauszahlungen sind schon jetzt vom Reichsfinanzminister Anordnungen getroffen wor-

Gräfin und las ihr vor. Es war wie vordem und doch anders.

Der Kollstuhl war in Acht und Bann getan. Die junge Gräfin ruhte in ihrem weichen, weißen Gewand, das sie noch immer mit einer schwarzen Schärpe schmückte, in einem bequemen Sessel. Die Hände lagen müßig im Schoß gefaltet, die Augen blickten durch die weit geöffneten Jalousien in den Park hinaus, aber sie sahen nicht das Greisbare, sondern verloren sich in unklare Fernen. Alle äußeren Empfindungen schienen ausgeschaltet zu sein, nur die einer wohlthuenden Ruhe, eines süßen Friedens blieb ihr.

Von nun an las Seeger wieder täglich und regelmäßig. Sie hatten es nicht mehr besonders vereinbart; es verstand sich von selbst.

An einem heißen Augustnachmittag saßen sie draußen auf der Terrasse.

Seeger hatte das ausgefaltene Buch, darin er soeben gelesen, auf den Tisch neben sich gelegt und sah zu der jungen Gräfin, die in einem Korbstuhl neben ihm saß und sich leicht auf die Brüstung der Terrasse gelehnt hatte, erkaunt auf.

Sie lachte nämlich so herzerquickend und lustig, wie er es noch nie von ihr gehört hatte, und wie sie auch seit Jahren nicht mehr gelacht haben mochte.

„Sie sind wirklich köstlich, Herr Seeger“, sagte sie jetzt, noch immer lachend. „Wie vorzüglich Sie Ihre Meinungen und Ansichten zu umkleiden verstehen! Aber ich durchschaue Sie dennoch. Lag in Ihren letzten Worten nicht ein kleiner Vorwurf für mich, weil ich gestern einen weiten Spaziergang unternahm — der —“

„Gnädigste —“ unterbrach er sie.

„Leugnen Sie nur nicht, ich merke es ja doch!“ fuhr sie fort. „Sie hielten es für unerantwortlich, daß ich es wagte, bis beihaue nach Stolzenau zu Fuß zu wandern — eine Leistung, auf die ich allerdings stolz bin — jawohl, stolz!“ fügte sie mit Nachdruck hinzu. „Hat sie mir irgendwas gelchadet?“

(Fortsetzung folgt.)

den. Die ein Steuerbescheid bis dahin vor, so richten sich die Vorauszahlungen, wie gesagt, nach diesem. Steuerpflichtige, die nach dem Kalenderjahr Steuern, werden aber bis dahin noch keinen Steuerbescheid auf ihre Vermögen zwischen 8. bis 25. März abzugebende Steuererklärung haben. Sie müßten daher am 10. April noch nach den bisherigen Vorschriften Vorauszahlen. Nun sollen ihnen aber alle möglichen Erleichterungen zuteil werden, um schon die Vorauszahlungen möglichst der endgültigen Steuerlast anzugleichen. Pakt sich also Verlast oder verhältnismäßig geringer Gewinn buchmäßig nachweisen, so sind die Vorauszahlungen zinslos, ganz oder teilweise zu tun. Endlich aber können buchführende Gewerbetreibende als Vorauszahlung am 10. April vorläufig ein Viertel des Betrages entrichten, der sich auf Grund der im März (l. o.) abzugebenden Steuererklärung als voraussichtliche Einkommensteuer für das vergangene Jahr ergibt. So ist schon jetzt eine Einstellung auf den Vorauszahlungstermin möglich.

Der Vorauszahlungstermin des 15. Februar (Schonfrist 22. Febr.) für Vermögenssteuer bleibt bestehen. Gesellschaften der offenen Handelsgesellschaft zahlen als solche keine Vorauszahlungen auf Vermögenssteuer mehr, nachdem die Gesellschaft selbst nunmehr steuerpflichtig ist. Sie können also bei ihrer eigenen Vermögenssteuerzahlung den Betrag abgeben, der auf ihren Anteil an der Gesellschaft entfällt.

Badische Gebäudendeckungssteuer

Der Badische Industrie- und Handelsrat hat an die Minister des Innern und der Finanzen in Karlsruhe eine Eingabe gerichtet, in der es heißt: Durch das Gesetz über Änderungen des Finanzanschlages zwischen Reich, Ländern und Gemeinden vom 10. August 1925 sind die reichsgesetzlichen Bestimmungen über den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken geändert worden. Wir nehmen an, daß zur Durchführung dieser Bestimmungen auch in Baden eine Neuregelung der Vorschriften über die Gebäudendeckungssteuer beabsichtigt ist, und bitten, uns einen etwaigen Gesetzesentwurf über die neue Fassung des Gebäudendeckungssteuergesetzes mitzuteilen, da die Bedeutung, die die Gebäudendeckungssteuer für Handel und Industrie erlangt hat, in der letzten Zeit ganz außerordentlich groß geworden ist.

Wir wollen nicht verfehlen, jetzt schon auf folgende Punkte hinzuweisen, und bitten, unseren Ausführungen bei der Ausarbeitung der neuen Bestimmungen Rechnung zu tragen.

1. Eine Erhöhung der Gebäudendeckungssteuer unter allen Umständen zu vermeiden.

Die in Paragraph 26 Abs. 3 und 4 der Bestimmungen über den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken vom 10. August 1925 festgelegten Mindestbeträge werden in schroffem Gegensatz mit den Grundbänden, die der Steuerreform des verflochtenen Jahres zu Grunde lagen und mit den Ausführungen, die von Seiten der Reichsregierung darüber gemacht worden sind; denn statt einer Steuerermäßigung ist das Ziel dieser neuen Bestimmungen eine ganz erhebliche Steuererhöhung. Was die Erhöhung der gewerblich genutzten Gebäude durch die Gebäudendeckungssteuer anlangt, so lassen die neuen Bestimmungen von einer Steuererhöhung, die die Gebäudendeckungssteuer mit einer in normale Verhältnisse hineinmachenden Volks- und Staatswirtschaft in Einklang bringt, nichts merken.

Die bisherigen Erfahrungen lassen erkennen, daß die seit der Änderung der Wohnungsnot annehmenden Methoden — Wohnungswirtschaft, Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln zur Förderung der Bautätigkeit auf dem Gebiete des Wohnungswesens — allein nicht zum Ziele führen können, und zeigen mit aller Deutlichkeit, daß auch ein Weiterausbau dieses Systems keinen betrieblichen Erfolg haben wird. In der Begründung zum Entwurf eines Gesetzes über die Änderung des badischen Gebäudendeckungssteuergesetzes, gibt die badische Regierung selbst an, daß mit den bis dahin aufgetragenen Mitteln aus der Gebäudendeckungssteuer eine nennenswerte Besserung der Wohnungsverhältnisse nicht herbeiführt werden konnte. Diese Erkenntnis läßt keinen Zweifel darüber zu, daß auch künftig auf diesem Wege kein durchschlagender Erfolg erzielt werden kann und eine Erhöhung der Gebäudendeckungssteuer zwecklos ist, andererseits nach den bisherigen Erfahrungen für die Volkswirtschaft verheerende Folgen hat, worauf wir — allerdings ohne jeden Erfolg — seit langem in Entschuldigungen und Eingaben hingewiesen haben. Kein Aufbau, sondern lediglich ein Abbau der Gebäudendeckungssteuer unter gleichzeitiger allmählicher Anpassung der Mietzinsen an die derzeitigen Preisverhältnisse kann die private Bauwirtschaft und die Wohnungsnot überwinden. Die Überzeugung, daß zur Beseitigung der produktiven Kräfte der Wirtschaft weitere Steuerermäßigungen notwendig sind und neue Steuerbefreiungen zur vollständigen Räumung des Wirtschaftslebens führen müssen, ist so sehr Gemeingut der Wissenschaft und Praxis, daß weitere Worte darüber nicht zu sagen sind. Nicht Steuererhöhungen, sondern Anerkennung der Lebensnotwendigkeit der Wirtschaft und weislichste Sparsamkeit aller Steuerberechtigten haben Platz zu greifen, um die Produktion zu beleben und die Lage zu retten.

2. Die gewerblich genutzten Gebäude sind mit einem ermäßigten Steuerfuß herauszugeben.

Der Aufbau der reichsgesetzlichen Vorschriften über den Geldwertausgleich bei bebauten Grundstücken in der Fassung vom 14. Februar 1924 läßt keinen Zweifel darüber, daß auch Erhebung der neuen Steuern eine neue Steuerquelle erschlossen werden sollte. Tatsächlich ist dies für die Mietwohngrundstücke auch geschehen. Durch die allmähliche Annäherung der Mieten an die Friedensmieten ist bei den Mietwäusern der Ertrag gesteigert und dadurch die Möglichkeit geschaffen worden, diesen Mehrertrag mit einer neuen Steuer zu belasten. Bei den gewerblich genutzten Gebäuden liegen die Verhältnisse gerade umgekehrt. Bei diesen ist eine auf der Anordnung einer Bekörderung beruhenden Steigerung des Ertrages wie bei den Wohngrundstücken ausgeschlossen. Die Höhe des Ertrages hängt nicht von einer Verwaltungsmaßnahme, sondern allein von der Rentabilität des Unternehmens ab. Da diese gegenüber dem Friedensertrag ganz erheblich zurückgegangen und bei der trostlosen wirtschaftlichen Lage auch noch weiter sinken wird, so muß diese Verschlechterung in den Grundlagen der Besteuerung der Mietwohngrundstücke und der gewerblich genutzten Gebäude bei den letzteren in einem ermäßigten Steuerfuß zum Ausdruck kommen.

Eine weitergehende Ermäßigung oder ein Nachlass der Steuer aus Rechtsgründen sollten auch dann eintreten, wenn gewerblich genutzte Gebäude für Obligationen haften, die von der Obligationensteuer getroffen werden.

3. Ein Rechtsanspruch auf Nachlass der Gebäudendeckungssteuer muß für unrentable oder weniger rentable gewerbliche Betriebe bestehen.

Ferner muß unbedingt gefordert werden, daß gewerbliche Unternehmen, die mit Verlust arbeiten oder einen im Verhältnis zur Belastung der gewerblich genutzten Gebäude geringen Gewinn haben, einen gesetzlichen Anspruch auf Herabsetzung der Hauszinssteuer haben. Wo ein offensichtliches Mißverhältnis der Steuer zu dem Ertrag des Unternehmens vorliegt, muß aus gesetzlichen Gründen eine Ermäßigung der Steuer eintreten. Diese Forderung ergibt sich aus dem Grundgedanken der Geldwertausgleichssteuer. Der ganze Aufbau dieser Steuer geht von der Voraussetzung aus, daß bestimmte Einnahmen aus dem bebauten Grundbesitz vorliegen, die besteuert werden sollen. In Baden wirkt sich die Gebäudendeckungssteuer vielfach immer mehr zu einer Belastung aus, die mit dem Ertrag der Unternehmen in keinem angemessenen Verhältnis steht. Besonders

unerkennbar schwer lastet diese Steuer auf denjenigen gewerblichen Betrieben, bei denen ein großer Teil des gesamten Vermögens in Gebäuden investiert ist, die zudem vielfach seit Jahren infolge der trostlosen Wirtschaftslage nur zum Teil benutzt werden können oder gar brach liegen.

4. Herabsetzung der Freigrenze.

Die Befreiungsgrenze von 4500 M. muß ganz wesentlich herabgesetzt werden. Eine derart weitgehende Steuererhöhung deren Wirkung für den Fiskus außerordentlich sichtbar ist, läßt sich heute bei der fast durchweg trostlosen wirtschaftlichen und überaus kritischen Lage der von der Steuer noch getroffenen Kreise, namentlich der Industrie und des Handels, nicht rechtfertigen und steht mit den Grundsätzen der steuerlichen Gerechtigkeit und Gleichmäßigkeit in schroffem Widerspruch. Wir bitten daher dringend, die allzu hohe Freigrenze ganz wesentlich herabzusetzen. Die Zeiten, in denen man glaubte unter Schonung weiterer leistungsfähiger Kreise den Ausfall durch eine scharfe progressive Besteuerung der mittleren und namentlich der größeren Unternehmungen decken zu können, und in Verkennung der Auswirkungen steuerrechtlicher Vorschriften wählte, bei diesem Vorhaben eine Besteuerung in sozialem Sinne durchzuführen zu können, müssen bei den überaus bitteren Erfahrungen, die sich daraus sowohl für den Arbeitgeber wie für den Arbeitnehmer ergeben haben, unbedingt ein Ende nehmen, soll nicht alles zu Grunde gehen.

Seit Jahren weisen wir darauf hin, daß es im Interesse der Schaffung brauchbarer Steuererträge unerlässlich ist, daß die Wirtschaftskreise in ausreichendem Maße und rechtzeitig zu den Gesetzesvorlagen gehört werden. Obgleich eine dahingehende Zusage auf der Präsidialkonferenz der badischen Handelskammern am 7. Dezember 1924 in Karlsruhe von Seiten der anwesenden Vertreter der badischen Regierung gemacht wurde, ist den Handelskammern ein Gesetzentwurf über die Gebäudendeckungssteuer noch nie zugegangen.

Wir müssen daher nochmals dringend bitten, daß die badischen Handelskammern bei der Ausarbeitung weiterer Änderungen der Bestimmungen des Gebäudendeckungssteuergesetzes gehört werden und dabei in ihrer Bedeutung für das badische Wirtschaftsleben auch genügend zum Worte kommen.

Karlsruhe, 19. Febr. (Anfrage.) Die Bürgerliche Vereinigung hat im Landtag eine kurze Anfrage eingebracht des Inhalts, ob es richtig sei, daß den Schülern die Zugehörigkeit zum Jungdeutschen Orden verboten, die Zugehörigkeit zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold dagegen erlaubt ist, weil letzteres eine nichtnationale, erstere aber eine nationale Organisation sei. — Die Kommunisten brachten neuerdings eine Anfrage wegen der Fürstenabfindung ein.

Karlsruhe, 19. Febr. (Aufhebung der Besoldungsrechner.) Wie verlautet, hat der badische Finanzminister angeordnet, daß das System der Besoldungsrechner demnächst aufgehoben werde und die Zahlung der Bezüge der Beamten durch die Landeshaupthauptkasse erfolgen soll. Das System der Besoldungsrechner ist bekanntlich in der Inflationszeit eingeführt worden, um den Beamten möglichst rasch zuzukommen zu lassen und sie dadurch vor Entwertung zu schützen.

Karlsruhe, 19. Febr. (Folgen der Fastnacht.) In der Nacht zum Aschermittwoch wurden am Lokalbahnhof des Vorortes Grünwinkel die dort stehenden Eisenbahnwagen innen und außen derart verschmiert, daß ein Schaden von annähernd 2000 Mark entstanden ist.

Karlsruhe, 19. Febr. (Probefahrten mit Benzol-Lokomotiven.) In den letzten Tagen fanden auf der Strecke Karlsruhe-Mannheim in Anwesenheit von Vertretern der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn Gesellschaft Probefahrten mit Benzol-Lokomotiven statt.

Heidelberg, 19. Febr. (Zur Weiterführung des Redaktions.) Wie uns von unrichtiger Seite mitgeteilt wird, dürften, nachdem nunmehr der Reichstag die Weiterführung des Redaktionsabbaues beschlossen hat, die Bauarbeiten oberhalb Heidelbergs im Sommer 1926 beginnen. Die größten Arbeiten sollen erst im Frühjahr 1927 in Angriff genommen werden. Vorher sind noch die Pläne für das Stauwehr in der Hirschgasse bei Heidelberg, die bekanntlich zuerst in der Öffentlichkeit bekämpft wurden, zu erledigen. Die Stauweise oberhalb Heidelbergs soll erst 1928 fertig sein. Die Stauweise Redarngünd soll 1927 begonnen und 1929 fertiggestellt werden. Weiterhin soll bis Heilbronn aufwärts alljährlich eine Stauweise zur Ausführung gebracht werden.

Heidelberg, 19. Febr. (Vom Stadttheater.) Zum Leiter des Heidelberger Stadttheaters anstelle des verstorbenen Theaterdirektors Meißner dürfte der Oberpielleiter Eugen Keller ausersuchen sein, der gegenwärtig in Mannheim wohnt. Keller war von 1921—1924 Oberpielleiter in Darmstadt und dann kurze Zeit Schauspielleiter in den Landestheatern in München.

Heidelberg, 19. Febr. (Zum Todestage Eberts.) Am Sonntag, den 28. Februar werden die Ortsgruppen Heidelberg und Mannheim des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold am Grab Eberts auf dem Bergfriedhof eine Gedächtnisfeier veranstalten, die der Ehrung Eberts sowohl wie der Kriegserfallenen dient.

Schwellingen, 19. Febr. (Fastnachtsunfall.) Am Dienstagabend wurde ein 19jähriger Arbeiter dadurch schwer verletzt, daß sein Wollpollbart durch ein brennendes Streichholz eines Gafes in Brand geriet. Er erlitt solche schwere Brandwunden im Gesicht, daß er ins Krankenhaus nach Mannheim verbracht werden mußte.

Säckingen, 19. Febr. (Scheffelsfeier.) Vor dem Denkmal Scheffels fand eine Gedenkfeier von Säckingens Ehrenbürger, Scheffel, statt, bei der Bürgermeister Trunzler einen großen Waldkranz mit einer goldenen „100“ und den Farben der Stadt am Denkmal niederlegte.

Schwennigen, 19. Febr. (Eine neue Zeitung.) Unter dem Titel „Schwarzwälder Tageblatt“ soll hier eine neue Zeitung deutschnationaler Richtung erscheinen. Gedruckt wird das Blatt in Billingen.

Gerihtsfaaf

Diebstahl

Karlsruhe, 18. Febr. Das Schöffengericht verurteilte den Karlsruher wohnhaften Theodor Maurer aus Mienheim, der bereits vielfach vorbestraft ist und dem eine Reihe von Fahrraddiebstählen in der Gegend von Offenburg bis Karlsruhe zur Last gelegt wurden, wegen fortgesetzten Diebstahls im Rückfalle zu 3 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Messerschneid

Freiburg, 18. Febr. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich der 24jährige Gipsler Joseph Mattes aus Freiburg-Fähringen zu verantworten, der am zweiten Weihnachtsfeiertag gegen Mitternacht im Hause der Wirtschaft am Randelsbühl in Wild-

tal bei Freiburg den 22 Jahre alten Tagelöhner Karl Schöpflé aus Wildtal mit einem Messer so schwer in den Hals gestochen hatte, daß Schöpflé am übernächsten Tag starb. Mattes, der wegen Standaufhaltens aus der Wirtschaft hinausgewiesen wurde, wofür er Rache androhte, insbesondere dem Schöpflé, der aber vollkommen unbeteiligt war. Schöpflé wollte sich nicht furtham zeigen und folgte dem Mattes in den Hof hinaus, wo er den tödlichen Messerschlag erhielt. Der Angeklagte wurde wegen Unterschlagung zu drei Jahren Gefängnis abzüglich 6 Wochen Untersuchungshaft verurteilt.

Aus Stadt und Land.

Durlach, 20. Febr. (Aus der Bürgerauschussung.) Die auf gestern nachmittag in den Rathsaal einberufene Bürgerauschussung hat trotz der kurzen Tagesordnung — es waren nur 3 Punkte — über drei Stunden gedauert. Der erste Punkt der Tagesordnung legte den Anwesenden mit einem kurzen, allgemein verständlichen Vortrag des Vorstandes des Kulturbauamts, Herrn Oberbaurat Hesselhauff, den Gang der als Notstandarbeit in Aussicht genommenen Pflanzverlegung dar. Der Vortragende legte seinen Ausführungen vier Fragen zu Grunde. 1. Ist die Pflanzverlegung notwendig?, 2. Ist die Verlegung der Pflanz technisch durchführbar?, 3. Wie kann die Verlegung am besten technisch durchgeführt werden? und 4. Wie läßt sich die Arbeit in der heutigen Zeit wirtschaftlich rechtfertigen. Die Antworten zu 1 u. 2 wurden vom Redner unbedingt bejaht. Die Gründe hierfür sind der Öffentlichkeit bekannt (bessere Ausnutzung der Wasserkraft, Tieferlegung der Pflanz, Besserung der hygienischen Verhältnisse in der Pflanzvorstadt, Erschließung von Bau- und Industriegebiete usw.) Eine andere Möglichkeit der Pflanzverlegung ist schon deshalb nicht gegeben, weil die Korrekturen bereits durch die von der Bahnverwaltung in der Vorkriegszeit anlässlich der Verlegung des Bahnhofs vorgenommene Veränderung des Wasserlaufes vorgezeichnet ist. Die Frage 3 erläuterte der Redner an Hand der vom städt. Tiefbauamt aufgestellten Pläne, insbesondere an den Querprofilen. Der Plan sieht eine Niederwasserlinie vor, die wohl viele Vorteile aber auch ebenso viele Nachteile mit sich bringe. Die vierte Frage beantwortet der Vortragende dahingehend, daß derartige Flußkorrekturen in den meisten Fällen unwirtschaftlich sind, im vorliegenden Falle müsse er jedoch die Ausführung dringend empfehlen, weil jetzt die beste Gelegenheit gegeben sei, bei der Arbeit eine größere Zahl Erwerbslosen beschäftigt werden können und die Wirtschaftlichkeit schon deshalb gegeben ist, weil das nach der Verlegung zu erstellende Pflanzkraftwerk durch Zusammenfassung der bisherigen Gefälle der Untere, Mittlere und Obermühle einen großen wirtschaftlichen Vorteil für die Stadt Durlach biete. Die Stadt möge deshalb die jetzt gegebene günstige Gelegenheit nicht veräumen und die Verlegung so schnell wie möglich durchführen.

Herr Bürgermeister Rihert gab sodann Aufschluß über die finanzielle Auswirkung des Projekts und die Belastung der Stadt. Durch die Ausführung Pflanzverlegung können 200 Erwerbslose auf die Dauer von 6 Monaten beschäftigt werden (bei einem Stand von 1100 Erwerbslosen immer noch zu wenig). Das Gesamtprojekt ist auf 580 000 M. veranschlagt, davon sind 196 000 M. für Löhne vorgesehen, der Rest wäre sachliche Kosten. Bis jetzt ist vom Arbeitsamt ein verlängerter Zuschuß von 102 000 M. in Aussicht gestellt, außerdem ein Darlehen von 68 000 M. vom Ministerium kann als verlässliche Förderung der 2/3fache Betrag gewährt werden. Nach einem neueren Ertrag des Reichsarbeitsministers dürfen jedoch die Arbeitsämter keine Darlehen mehr bewilligen, so daß vorläufig nur mit einem Gesamtzuschuß von 272 000 M. geteilt werden kann. Die Stadt ist jedoch außerstande, den ungedeckten Aufwand zu tragen. Es sollen in dieser Beziehung noch weitere Verhandlungen mit den beteiligten Staatsstellen gepflogen werden. Der Redner machte die erfreuliche Mitteilung, daß sämtliche durch die Pflanzverlegung betroffenen Grundstückseigentümer ihr Einverständnis zur vorläufigen Inangriffnahme des Projekts gegeben haben. — Unter Bezugnahme auf die aufgeworfene Finanzfrage machte der Vorsitzende die Mitteilung, daß das längst erwartete Auslandsdarlehen nunmehr zum Abschluß gelangt ist und in den nächsten Tagen ausbezahlt werden wird. Der Vertreter der amerikanischen Gläubiger verlange nur noch eine formelle Änderung der bereits vom gemischten beschließenden Ausschuss eingegangenen gesamtschuldnerischen Bürgschaft für das von mehreren badischen Städten gemeinsam aufgenommene Auslandsdarlehen. Der Bürgerauschuss gab seine Zustimmung hierzu. — Der zweite Tagesordnungspunkt behandelte den Um- und Erweiterungsbau der Ofenanlage des städt. Gaswerks. Hier sollen die abgenutzten Retorteneinheiten der Horizontal-Ofenanlage nicht mehr erneuert, sondern durch Erweiterung der Vertikal-Ofenanlage ersetzt werden. Der Aufwand stellt sich auf 150 000 M. In der dem Stadtratsbeschluss beigegebenen Begründung sind die Vorteile der Änderung eingehend dargelegt. Der Bürgerauschuss erteilte der Vorlage ohne Aussprache seine Zustimmung. — Der letzte Punkt der Tagesordnung behandelte eine sehr heikle persönliche Angelegenheit des Herrn Bürgermeisters Rihert. Der Vorsitzende gibt in kurzen Ausführungen den Gang der Wohnungsangelegenheit des Herrn Bürgermeisters bekannt. Die letzte Wohnung in der Ertlingerstraße sei sehr halt und feucht gewesen. Nachdem das Anwesen in den Besitz der egl. inneren Mission übergegangen ist, und von dieser vollständig in Anspruch genommen wurde, mußte eine Lösung der Wohnungsfrage für längere Zeit in Aussicht genommen werden. Es seien dabei folgende Möglichkeiten in Betracht gekommen: Erstellung einer Dienstwohnung oder Bereitstellung eines Bauplatzes und des Baukapitals zu einem niederen Zinsfuß. Beide Möglichkeiten wären jedoch für die Stadt teurer gewesen als der jetzt eingetretene Zustand. Es kommt nur die Übernahme eines Zinsaufwands von rund 2000 M. in Frage. Hätte Herr Bürgermeister in seinem Anstellungsvertrag festgelegt, daß ihm eine Wohnung zur Verfügung gestellt werden muß, so wäre ihm dies zweifellos bewilligt worden. Das Verlangen des Herrn Bürgermeisters sei deshalb keineswegs unbillig. In der Not habe er sich dann das Haus gekauft und die Stadt um entsprechende Unterstützung gebeten. Die Vertreter der kommunistischen, der freien Bürgervereinerung und freien bürgerlichen Vereinigung sprachen sich entschieden gegen die Vorlage aus, die erstere deshalb, weil es sich um ein Sonderrecht handele und der Herr Bürgermeister für seine Arbeit gut bezahlt werde, die letzteren insbesondere deshalb, weil nach ihrer Ansicht das Verlangen unbillig sei und dem Herrn Bürgermeister die Bezahlung dieses Betrages zugemutet werden könne. Die Vertreter der sog. Partei, der dem Partei unterführten den Antrag, letztere auch aus dem Grunde, weil ihre Stadtrate s. Zt. ebenfalls dafür gestimmt haben. Der Vertreter des Zentrums hat auch hinsichtlich der Übernahme der Zinsen Bedenken, glaubt aber, daß wegen des geringen Betrages kein Grund vorliege, die ganze Vorlage abzulehnen. Bei der hierauf vorgenommenen namentlichen Abstimmung wurde der stadträtliche Antrag mit 42 Stimmen angenommen, 8 Mitglieder haben sich der Stimme enthalten, 28 haben dagegen gestimmt.

Durlach, 20. Febr. Die diesjährige Saatgut- und Kartoffel-Ausstellung des Landwirtschaftlichen Bezirksvereins Durlach, welche heute und morgen in der städt. Turnhalle stattfindet, kann sich mit den Veranstal-

tungen früherer Jahre vollauf gleichstellen. Was die Zahl der Aussteller von Saathartoffeln betrifft, so ist sie größer wie in den vergangenen Jahren. Ganz besonders fällt den Besuchern die Ausstellung der Landwirtschaftsschule Augustenberg, die Erzeugnisse unseres einheimischen Saatgutzüchters Herrn Ehardt, Hohenwettensbach und des Badischen Kartoffelspezialisten Frands, Einsheim, auf. Die Einkaufsvereinigung südd. Landwirte führt eine große Anzahl von Maschinen vor. Der Landm. Bezirksverein hat für die Aussteller von Saatgut und Kartoffeln eine Anzahl vergoldeter, versilberter und bronzierter Medaillen herstellen lassen. Das Ergebnis des Preisgerichts wird in einer unserer nächsten Nummern bekannt gegeben werden. Die Ausstellung ist am Sonntag von 11-4 Uhr geöffnet. Interessenten und Freunde der Landwirtschaft kann der Besuch der Ausstellung aufs wärmste empfohlen werden.

Ablauf von Fristen mit Ende Februar. Vom Hauptverorgungsamt Karlsruhe wird uns geschrieben: Auf Grund des Artikels 2 des Gesetzes vom 28. Juli 1925 kann denjenigen Beschädigten, denen nach Paragraph 104 des Reichsverorgungsgesetzes im Jahre 1923 eine einmalige Abfindung 600 000 Papiermark für den Beschädigten, 60 000 Papiermark für jedes Kind an Stelle einer laufenden Rente von 20 Prozent zustand und die seither nicht wieder rentenberechtigt geworden sind, ein einmaliger Betrag von 50 M. gewährt werden. Voraussetzung ist jedoch, daß das monatliche Einkommen 200 M nicht übersteigt und der Antrag vor dem 1. März 1926 gestellt ist. Auf den bevorstehenden Ablauf dieser Frist wird hingewiesen. — Mit dem gleichen Zeitpunkt läuft die Frist für die Gewährung der einmaligen Abfindung für diejenigen Versorgungsanwärter ab, die wegen eines schweren Leidens eine Vormerkung auf Grund ihres Versorgungsscheines (Beamtenchein, Zivilversorgungsschein, Zivildienstschein) nicht erreicht haben.

Zur Kündigung der badischen Hochschulassistenten wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Heidelberg noch berichtet, daß die Zurückstellung der Kündigung der badischen Hochschulassistenten um ein Vierteljahr (von 1. April auf 1. Juli) auf Grund von Vorstellungen einer Abordnung wissenschaftlicher Hochschulassistenten beim Unterrichtsminister erfolgt sei, die dort in sachlicher Aussprache die Verschiebung der Kündigung bei bisheriger Gehaltszahlung vorläufig auf den 1. Juli erzielt hätten. Inzwischen sollte weiter verhandelt werden. Den Anstoß zu der geplanten neuen Assistentenordnung haben das Finanzministerium gegeben, welches Abstriche am Personaletat verlangt habe. Man hofft in Heidelberg Hochschulreisen, daß es in weiteren Verhandlungen möglich gemacht werden könnte, die alte Assistentenordnung auch weiterhin bestehen zu lassen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Neues Hochwasser in Weiddeutschland. Infolge starker Regenfälle im Quellgebiet der Mosel stiegen Mosel und Saar ziemlich schnell. Die Saar hatte in Saarbrücken mit 6,24 Meter ihren Höchststand erreicht. Die Mosel wird in Trier am Freitag voraussichtlich zum Stillstand kommen. Freitag vormittag betrug ihr Wasserstand 4,70 Meter gegen 2,94 Meter am Donnerstag. Die Nahe fällt wieder. Der Wasserstand des Rheines in Koblenz beträgt 3,79 Meter (am Donnerstag 2,77). Morgen wird voraussichtlich der Höchststand unter 5 Meter eintreten. Die neue atlantische Depression bedingt eine veränderliche Witterung mit Regenfällen, die auf die Gebietssteile des Niederrheins beschränkt bleiben. Die Temperatur ist weiter zurückgegangen. Die Höhen hatten Frost.

Die Fürstenabfindung vor dem Berliner Stadtparlament. In der Stadtverordnetenversammlung wurde der sozialdemokratische Antrag über die Abfindung der Hohenzollern mit den Stimmen der Demokraten angenommen. Auch dem Antrag über die Durchführung des Volksentscheides über die entschädigungslose Enteignung der ehemaligen deutschen Fürstenhäuser wurde zugestimmt. Der Antrag der Deutschnationalen, das Vermögen von Kriegs- und Infanteriegewinnlern zu beschlagnahmen, wurde abgelehnt, ebenso der Antrag der Kommunisten betreffend die Heierweilung von 20 000 M. an den Ausschuss zur Durchführung des Volksentscheides.

Schachtunglück in Hamborn. Durch Zubruchgehen des mittleren Teiles auf der Strecke der Schachtanlage 2-4 der Gewerkschaft Friedrich Thyssen Hamborn verunglückten drei Bergleute tödlich.

Feuer in einer Hamburger Kirche. Nachts gegen 2 Uhr brach im Turm der Dankeskirche im Hammerstadteil Feuer aus, das von der Feuerwehr nach etwa dreißigminütiger Tätigkeit gelöscht werden konnte. Der obere Teil des Glockenturmes wurde im Innern so stark beschädigt, daß ein vollständiger Wiederaufbau notwendig ist.

Mussolinis Krankheit. Die Nachtausgabe des „Tag“ meldet aus London: In zuverlässigen Kreisen Londons verlautet, daß Mussolinis Gesundheitszustand wieder größte Sorge erregt. Obwohl in letzter Zeit von Rom aus häufig berichtet wurde, daß Mussolini sich einer schweren Operation unterziehen müsse, weiß man jetzt, daß ein berühmter auswärtiger Chirurg über seine Bereitwilligkeit eine solche Operation vorzunehmen, befragt wurde. Dieser Chirurg lehnte es jedoch ab, nach Rom zu gehen, während Mussolini Italien nicht verlassen will.

Bratianu schwer erkrankt. Nach einer Meldung der „S. J.“ aus Bukarest ist in dem Befinden des Ministerpräsidenten Bratianu, der bereits seit einigen Tagen krank ist, eine bedeutende Verschlimmerung eingetreten. Ein ärztliches Konzilium hat Lungenerkrankung festgestellt. Die Temperatur des Patienten ist stark gestiegen.

Buntes Allerlei

Goethe-Anecdote

Der Weimarer Hofrat Wilhelm Rebbein berichtet von Goethe folgende hübsche Anekdote: Am 27. August weist der Dichter mit seinem Diener Karl in Karlsruhe. Er läßt sich zwei Gläser Wein kommen und beginnt zu trinken. Nach einiger Zeit tritt Rebbein ins Zimmer und wird mit den Worten empfangen: „Sie seit mit ein schöner Freund! Was für einen Tag haben wir heute und welches Datum?“ Rebbein: „Den siebenundzwanzigsten August.“ Goethe: „Nein, es ist ein Irrtum, es ist der Achtundzwanzigste heute und mein Geburtstag!“ Rebbein entgegnet, daß dies nicht wahr sei und Goethe läßt Karl, den Diener, kommen und fragt ihn, welches Datum man heute schreibe. Karl meint: den Siebenundzwanzigsten. Goethe geht zum Kalender, betrachtet ihn lange und sagt nach einiger Zeit loofschütend: „Donnerwetter, da hab ich mich ja umsonst befohlen!“

Jedenwo erzählt Karl von Hofe über Goethe eine hübsche, lustige Geschichte. Als man nach der Ausführung eines Stückes

von Zacharias Werner bei Uebe Schopenhauer nachmacht, bot der kleine Raum nicht für alle Gäste Sitzgelegenheiten. Nur die Frauen saßen an langen Tischen, die Herren hingegen standen mit ihren Tellern herum. Für die Gönngäste, Goethe und Werner, waren inmitten der Tafelreihe zwei Sitze reserviert. Auf dem Tisch, vor Goethes Platz, stand ein großer Schweinstopf, von dem die Wirkin aber schon tags zuvor gegessen hatte. Die Köchin hatte, um die Schönheitsfehler des angeknurrten Kopfes zu verdecken, in erfindlicher Weise auf die bemalten Stellen einen großen Lorbeerzweig gemunden. Goethe, der nicht gerade freundliche Gefühle für den fast stets unordentlich gelleideten, schlecht rasierten und äußerst boshaften Werner hegte, rief, als er den lorbeerzweigten Schweinstopf bemerkte, über die Tafel: „Zwei gekrönte Häupter an einem Tische? Das geht nicht!“ und er nimmt dem Schweinstopfe den Kranz ab und legt ihn dem Dichter des Tages aufs Haupt.

Campe, im Bewußtsein des eigenen Ruhmes, war, wie viele, einmal zu Goethe nach Karlsruhe gekommen und machte dem Meister Komplimente auf Komplimente, sagte ihm die freundlichsten Dinge, wie Ernst von Pfuel uns überliefert, und Goethe hat, in seiner betannten Art, für den Schmeichler nichts übrig als die banale Frage: Sagen Sie, wie konneniert Ihnen das Bad?“

Die teufelische Braut

Ein verlassener Bräutigam machte seinem Schmerz über die Treulosigkeit seiner ehemaligen Braut in folgendem Inserat in der „Gräfenthaler Zeitung“ Luft:

„Heirats- und Verlobungsbruch“
Zeige meinen lieben Freunden und Einwohnern an, daß Frieda Pitan, 46 Jahre alt, Witwe mit zwei Kindern, mit mir verlobt und sieben Monate mit mir gelebt, wie wenn wir schon verheiratet gewesen wären, mit nun die Verlobung abgebrochen, die Braut abgelehnt, nachdem wir die Hochzeits- und Brautreise auf dem Bodensee und Rhein gemacht. Da sie sich in einen Schneider, 24 Jahre alt, bestraft, das Zimmer und die Kost bei ihr, verlobt und verlobt und miteinander der Arm in Unterhaltungen gehen. Wünsche der teufelischen Braut und dem jungen Bräutigam Glück zu einer zahlreichen Kinderzucht. Rudolf Bollinger — Der betrogene Bräutigam.“

Späte Heiraten — mehr Söhne! Die Heberzahl an Frauen. Nie so viele Mädchen um ehelichen Leben amsint, hat nie so hoch Reinerhaltung herabgerufen und schauernd fragt man sich, wie es werden soll, wenn das immer so weiter geht, wenn die Frauen immer zahlreicher werden und die Männer immer mehr verdrängen. Die Natur ist sehr viel weiser als der Mensch, und ganz im Geheimen wollen Goethe, die die Harmonie immer wieder herstellen und die Gesetze anerkennen. Wie ein natürlicher Polster in einer Weltkraft aussieht, steht in der Verteilung der Geschlechter ein merkwürdiges Gesetz, das regulierend wirkt und durch das die höhere Zahl der Männer dazu benutzt wird, um das Uebermaß der Frauen wieder auszugleichen. In frühen Ehen, in denen das Alter der Mutter 19 Jahre und weniger beträgt, verhält sich die Zahl der männlichen Kinder die geboren werden zu der der weiblichen wie 600 zu 1000. Es ist also ein Uebermaß von 240 Mädchen. Haben die Mütter das Alter von 20 bis 24 Jahren, dann beträgt das Verhältnis 600 Knaben zu 1000 Mädchen; es sind also 100 Knaben mehr. Kommt man dann zu den letzten Heiraten, bei denen die Frau 25 bis 29 Jahre ist, so stehen 1100 männliche Kinder 1000 weiblichen gegenüber. Das stärkere Geschlecht überwiegt also um 100, und diese Überschneidung wächst sich immer stärker aus. Von Müttern im Alter von 30 bis 34 Jahren werden schon 1166 Knaben und 1000 Mädchen geboren. Sagen die letzten Heiraten an, die sich heute aus der Unausfertigkeit der Frauen auszeichnen, so dürften innerhalb von 20 Jahren der Heberzahl der Frauen wohl schon ausgeglichen sein. Auf diese Weise ist es im Leben der Mütter eine stets wachsende Zahl und Ebbe, die niemals ein gewisses Maß übersteigt und immer wieder auf einen Gleichgewichtszustand zurückführt wird.

Neueste Nachrichten.

Verlängerung der Anmeldefrist für den Reichs-Anleihe-aktbeist.

T.I. Berlin, 19. Febr. Der Reichsfinanzminister hat die Frist für die Anmeldung der Reichsanleihen alten Bestandes bis zum 31. März 1926 verlängert. Eine weitere Verlängerung ist ausgeschlossen.

Eine Belohnung für die Ergreifung der Berliner Desraudanten.

T.I. Berlin, 19. Febr. Der Berliner Magistrat hat für die Ergreifung der beiden Desraudanten Gerhardt und Schulz eine Belohnung ausgesetzt.

Andreas Hofer-Gedächtnisfeier.

T.I. Berlin, 20. Febr. Aus Innsbruck wird gemeldet, daß anlässlich des Todestages des Freiheitskämpfers Andreas Hofer in ganz Tirol Gedächtnisfeiern stattfinden.

Protest gegen die Rattowitzer Verhaftungen.

T.I. Berlin, 19. Febr. Die „Voss. Zeitung“ meldet aus Warschau: Im Warschauer Senat interpellierte die deutsche Fraktion gegen die deutschen Verhaftungen. Schnellste Durchführung der Untersuchung gegen den deutschen Volksheld und ein Einschreiten gegen die polnischen Zeitungen, die zu Gewalttaten gegen das Deutschtum in Rattowitz aufreizten, wird gefordert.

Steigen des Rheinwassers.

T.I. Köln, 19. Febr. Der Wasserstand des Rheines ist im Laufe des Freitags um 66 Zentimeter gestiegen und erhöht sich stündlich um 6 Zentimeter. Der Wasserstand der Mosel steigt noch stündlich um 2 Zentimeter. Eine direkte Hochwassergefahr besteht bisher nicht.

Drummond reist nach London.

T.I. Genf, 19. Febr. Wie der Vertreter der Telegraphen-Union erfährt, wird der Generalsekretär des Völkerbundes, Drummond, in den nächsten Tagen nach London reisen.

Diplomatenempfang bei Briand.

T.I. Paris, 19. Febr. Ministerpräsident Briand empfing heute vormittag nacheinander den italienischen und den spanischen Botschafter, darauf den portugiesischen Gesandten. Wie verlautet, soll sich Briand mit den Diplomaten über die Aufnahme neuer Mächte in den Völkerbund unterhalten haben.

Absturz eines französischen Militärflugzeuges.

T.I. Paris, 20. Febr. Am Freitag stürzte in der Nähe von Orly ein Militärflugzeug ab. Die beiden Insassen wurden schwer verletzt und starben bei der Ueberführung ins Krankenhaus.

Turnen Spiel und Sport.

Deutsche Turnerschaft.

Die deutsche Turnerschaft und die deutschen Berufserzieher!
Als in der Zeit der tiefsten politischen Erniedrigung des deutschen Vaterlandes Friedrich Ludwig Jahn den mächtigen Gedanken aussprach, das deutsche Volk müsse leiblich gekräftigt werden, um sich aus seinem Verfall zu einer gesunden, starken Nation zu erheben und seine Freiheit und Unabhängigkeit wieder zu erringen, da war es, als habe bis dahin einer großen Wahrheit nur der Ausdruck gefehlt — Tausende und Aber-tausende folgten seinem Rufe, und die heißen Kämpfe jener Zeit zeigten, was ein Volk, das sich verjüngt will, vermöge! Die deutsche Turnerschaft, die praktische Verwirklichung der Jahn'schen Gedanken, hat seit Gründung des ersten Turnplatzes in der Hafenheide im Jahre 1811 eine von Kampf und Verfolgung ebenso wie von glänzendem Aufschwung begleitete Bahn durchlaufen — sie ist endlich wahre Volkssache geworden und triumphiert in das höchste Gut der Nation, in die Schule, eingezogen! In der Schule hat sie das Bürgerrecht für immer errungen, und in Theorie und Praxis haben die Lehrer des Volkes mit treuer Hingabe Crofos und Herrliches geleistet!

Und doch ist die hohe Aufgabe der Volkserziehung und der körperlichen und seelischen Erziehung unseres Volkes mit der Schule allein nicht erfüllt. Es gilt auch, die Schulentlassenen, die Erwachsenen beider Geschlechter bis ins hohe Alter hinein für die Leibesübungen zu gewinnen. Es gilt, die Leibesübungen zum Volksgut zu machen und sie zu einem Bindeglied unseres deutschen Volkes zu gestalten, damit die deutsche Volkskraft erhalten bleibt oder aber nach den Schwächungen, die sie durch den Weltkrieg erlitten hat, nach all den Entbehrungen und Notensermüdbungen der Kriegs- und Nachkriegszeit wieder gehoben und gestärkt wird.

Dazu ist hingebungsvolle Arbeit begeisterter deutscher Männer und Frauen nötig, die mit erzieherischem Sinn begabt sind und Verständnis für die Notwendigkeiten einer vernünftigen deutschen Volkserziehung besitzen. Es ist Aufgabe aller, die zur Förderung der Volkserziehung berufen sind oder sich berufen fühlen, freudig in die große Arbeit, die dem Volke gilt, einzutreten. Die deutschen Lehrer und Lehrerinnen sind vor allen anderen berufen, sich der Sache der Leibesübungen zu widmen, da sie geistig, erzieherisch und auch auf Grund ihrer turnerischen Ausbildung die Vorbedingungen für eine erfolgreiche Erziehungslarbeit in sich tragen.

Lehrer und Lehrerinnen! Tretet überall in die mehr als 12 000 Turnvereine in Deutschland ein! Werdet Förderer einer guten Volkssache und macht eure erzieherische Erfahrung geltend! Werdet Führer der Jugend, Leiter und Berater und Bildner der Erwachsenen! Volk! Ihr zurückbleiben, so sich Jehntausende anderer deutscher Männer und Frauen in heiliger Begeisterung einer großen Sache widmen, trotzdem sie vielfach nicht die erzieherischen Vorkenntnisse und Eigenschaften zu ihrer ehrenamtlichen Arbeit zur Verfügung haben, wie ihr sie erworben habt und in euch wachsen seht?

Eure Arbeit ist Arbeit am deutschen Vaterland und am deutschen Volke, ist Dienst an dem großen Gedanken der deutschen Volksgemeinschaft. „Was läßt sich nicht für ein Volk hoffen“, sagte Passow, „das von den ersten Knabenjahren an zu rührender Tätigkeit verbunden von Altersstufe zu Altersstufe gemeinsam empornwacht?“ Wüchse die deutsche Turnerschaft, die schon so viel zur Ausgestaltung und Verbreitung der deutschen Leibesübungen getan hat, den Fuß nicht nur hören, sondern auch befolgen, indem sie sich den deutschen Turnvereinen anschließt.

Am hiesigen Platze gehören die beiden Turnvereine (Turnerbund und Turnverein 78) der Deutschen Turnerschaft an.

Handel und Verkehr

Allmähliche Berliner Desraudanten vom 18. und 19. Februar

	Geld	Brief	Geld	Brief
London (1 Pfund Sterl.)	20,403	20,455	20,403	20,453
Neuroer (1 Dollar)	4,195	4,205	4,195	4,203
Amsterdam (100 Gulden)	168,11	168,53	168,09	168,51
Brüssel (100 Francs)	19,07	19,11	19,07	19,11
Banitz (100 Gulden)	80,90	81,10	80,90	81,10
Schweden (100 schwed. Mk.)	10,551	10,591	10,551	10,591
Italien (100 Lire)	16,92	16,96	16,88	16,92
Kopenhagen (100 Kronen)	108,64	108,92	108,68	108,96
Dänlo (100 Kronen)	87,67	87,89	87,71	87,93
Paris (100 Francs)	15,28	15,32	14,95	14,99
Frank (100 Kronen)	12,421	12,425	12,415	12,419
Schweden (100 Francs)	80,78	80,88	80,77	80,87
Spanien (100 Pesetas)	59,18	59,32	59,18	59,32
Stockholm (100 Kronen)	112,28	112,56	112,25	112,53
Wien (100 Schilling)	59,03	59,17	59,04	59,18

Wirtschaft

Großhandelsindexziffer. Die auf den Stichtag des 17. Februar berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamtes ist gegenüber dem Stande vom 10. Februar (118,8) um 0,5 Prozent auf 119,2 zurückgegangen. Gefunden sind die Preise für Getreide, Schmalz, Rindfleisch, Schen, einige Textilrohstoffe, Baumwollgarn, Kupfer, Zinn und Gasöl. Sober liegen die Preise für Schweinefleisch, Blei und Zinn. Von den Hauptgruppen haben die Futtermittelpreise um 11,8 auf 112,3 oder um 0,9 Prozent, die Industriehölze von 129,7 auf 129,4 oder um 0,2 Prozent nachgegeben.

Knochenerkrankungen und Wachstumsstörungen sind die Folgen fehlerhafter Zusammensetzung der Körperflüssigkeiten. Der Arzt bezeichnet diese Erkrankungen als Mangelkrankheiten. Auch wenn das Tier reichlich Futter bekommt, so mangelt es doch an irgend etwas, entweder an Mineralstoffen oder an den wachstumsfördernden Vitaminen oder an beiden zugleich. Der unsichere Landwirt ist voller Sorgen, denn in einem gesunden Nachwuchs liegt seine ganze Zukunft. Wie soll er diesen Zuständen begegnen, wie kann er vorbeugen, um Ausbrüche dieser Krankheiten zu verhüten! — Das Mittel, das Wissenschaft und Praxis jetzt kennen, ist die auf moderner wissenschaftlicher Grundlage hergestellte Lebertran-Emulsion „Skeosan“ der Firma M. Brodmann Chem. Fabr. m.b.H., Leipzig-Eut. Diese an Nährwerten unerreichte Emulsion enthält neben 40 % vitaminreichen Bebertranes noch Mineralstoffe, welche die Körperflüssigkeiten für die Vitamine geeignet machen, und leichtest verdauliches Eiweiß. Wegen ihres hohen Nährwertes ist sie die führende Marke, und da sie alle die Stoffe enthält, die der wachsende Organismus braucht, so hat sie auch in allen Fällen die überraschendsten Erfolge gebracht.

Bei lästigem Husten

raten wir Ihnen, die von Ärzten als kräftige Hustenmedizin hervorgehoben begutachteten „Sagitta“-Dosenbombons zu nehmen. Undern die Schmerzen, lösen den Schleim. „Sagitta“-Dosenbombons sind in allen Apotheken erhältlich. Stets vorrätig: Einhorn-, Böwen- u. Hirsch-Apotheken, Durlach. Sagitta-Werk München SW 2.

Rutmaßliches Wetter für Sonntag und Montag.

Das nördliche Tiefdruckgebiet wirkt stark auf die Wetterlage ein. Westlicher Hochdruck kommt wenig zur Geltung. Für Sonntag und Montag ist Fortsetzung des unbeständigen, mehrfach bedeckten, aber nur zu vereinzelten Niederschlägen geneigten Wetters zu erwarten.

Maul- und Klauenfische betr.
 Zu Durlach ist die Maul- und Klauen-
 fische ausgebrochen.
 Sperrbezirk ist das versenkte Gebiet.
 Beobachtungsgebiet der übrige Teil
 der Stadt Durlach ausgenommen Rittnerhof
 und Sumprechtshof.
 Die Gefahrenzone umfasst alle Gemein-
 den des 15 km-Umkreises.
 Karlsruhe, 18 Febr. 1926. (D.S. 31.)
 Bad. Bezirksamt - Abt. II b.

Durlach, Handelsregister B. Eingetragen
 am 17. Februar 1926 zu Firma: Süddeutsche
 Disconto-Gesellschaft, Filiale Durlach.
 Die Filiale in Durlach ist aufgelöst, die Firma
 der Zweigniederlassung erloschen. Die sämtlichen
 für die Filiale Durlach eingetragenen Unter-
 schriftsbewilligungen sind erloschen.
 Amtsgericht.

Brennholzverfeigerung
 des Bad. Forstamts Durlach im Saale des
 Gasthauses zur Blume in Durlach am Frei-
 tag, den 26. Februar 1926, vorm. 9 Uhr,
 am Staatswald Rittert, Abt. 15 Lannen-
 handel: 199 Stk Brennholz (meist Buchen-
 schenkel) und 725 Stk Buchene Wellen.
 Versteigerer: Förster Meiß im Rittertwald,
 Post Durlach.

Schotterbeifahr.
 Das Wasser- und Straßenbauamt Karlsruhe
 vergibt im schriftlichen Wettbewerb die Beifahr-
 ten von Walz- und Fließschotter von den Bahnhöfen
 auf die Kreisstraßen und Wege für das
 Jahr 1926/27.
 Die Bedingungen liegen auf unserem Ge-
 schäftszimmer hier, Stefanienstraße 51, auf
 Verlangen für die Angebote sind auf dem Bau-
 amt und bei den Straßenmeistern erhältlich.
 Die Angebote sind mit der Aufschrift „Schot-
 terbeifahr.“ bis 5. März 1926, vormittags 10 Uhr,
 einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen.

Nach mehrjähriger Tätigkeit an der
 medizinisch-neurologischen Klinik in Heidel-
 berg (Geh. Rat v. Krehl) habe ich mich in
 Karlsruhe als
Nervenarzt
 in den Räumen von Dr. Beringer
 niedergelassen
Dr. med. M. v. Straßer
 Karlsruhe, Karlstrasse 38.
 Sprechstunden: 10-12, 3-6 Uhr.
 Samstag nachmittag nicht. Tel. 5845.

Zur Frühjahrssaat!
 empfehle ich meine anerkannte
**Werkmanns Babaria
 Sommergerste**
 1. Abfaat.
 Bestellungen werden auch bei der
 Einkaufs-Gereignung Südd. Land-
 wirt, Durlach, Büro: Gasthaus zur
 Blume 2. Stock, entgegen genommen.
Joß. Golel, Saatgutwirtschaft
 Wagenhof Tel. 312 Durlach.

5. Strenger Verweis.
 Darfst niemals nach
 dem Messer greifen.
 Nimm Lebewohl, den
 Pflasterstreifen.

Gemeint ist natürlich das berühmte, von
 vielen Aerzten empfohlene Hühneraugen-Lebe-
 wohl für die Zehen und Lebewohl-Ballscheren
 für die Fußsohle, Blechdose (8 Pflaster)
 Pfg., Lebewohl-Fußbad gegen empfindliche
 Füße und Fußschweiß, Schachtel (2 Bäder) 50 Pfg.,
 erhältlich in Apotheken und Drogerien. Sicher
 zu haben bei: Adler-Drogerie Hans Hinkelmann,
 Schaefer Blumen-Drogerie Hauptstraße.

Krampf und Lähme
 verhilft man sich in M.
**Brodmanns Vieh-
 vertran-Emulsion
 „DiteoJan“.**
 Eiweißhaltig. Keine chem.
 Verunreinigung - dabei bill.
 Preis. Kostet nur. Gibt nur
 in Drg.-Flaschen. Zu hab.
 in Drogerien, Apotheken und sonstigen einschläg.
 Geschäften. Wo nicht, durch
**M. Brodmann Chem. Fabr. m. b. H.,
 Leipzig-Curt 93 m.
 Bestimmt zu haben: In Durlach bei Hans
 Hinkelmann, Adler-Drogerie.**

**Bankhaus
 STRAUS & CO.**
 KARLSRUHE
 Fernsprech-Anschlüsse
 für den Fernverkehr
 Nr. 4901 4902 4903
 für den Stadtverkehr:
 Nr. 30 4431 4432 4433
 für die Devisen-Abteilung
 Nr. 4439

**Drum sag' ich's noch einmal:
 Es ist falsch, Persil heiß aufzulösen!**



Die Waschwirkung
 ist nur halb so gross wie bei
 richtiger Anwendung:
**Persil wird kalt
 aufgelöst!**



Am besten nehmen Sie einen
 Eimer, verrühren Persil mit der
 Hand u. tun diese Lösung in
 den gleichfalls mit kaltem Was-
 ser gefüllten Kessel, dann
 wird die Wäsche hinzugelegt
 und gekocht
 Sie glauben gar nicht wie wich-
 tig der Punkt „kalt auflösen“
 für ein bequemes u. billiges
 Waschen ist!

Persil
 1 Paket reicht für 2 1/2
 bis 3 Eimer Wasser.

Zum Weichmachen des Wassers ver-
 rührt man vorher einige Handvoll
 Benko Bleich-Soda im Kessel-Stek-
 men Sie auch zum Einweichen nur
 die altbewährte Benko Bleich-Soda.

**Städtische Sparkasse
 Durlach.**
 — Mündelsichere öffentliche Bankanstalt. —
 Reichsbank-Giro-Konto Karlsruhe, Postscheckkonto 1216 Karlsruhe.

**Annahme von Spareinlagen bei bestmög-
 lichster Verzinsung. — Giro-, Scheck- und
 Konto-Korrentverkehr. — Reisekredit-
 briefe. — Darlehens- u. Kreditgewährung
 gegen Sicherheitsleistung auf Hypothek,
 Bürgschaft u. Unterpfand. — Ankauf von
 Wechseln, An- und Verkauf, sowie Ver-
 wahrung und Verwaltung von Wert-
 papieren aller Art. — Besorgung von De-
 visen. — Ausführung aller bankmässigen
 Geschäfte bei kulanter Bedienung.**

Kassenstunden:
 vorm. 8-1/2 Uhr, nachm. 1/2-3-1/2 Uhr
 Samstag 8-1 Uhr.

Die Geschäftsleitung.

Zur raschmöglichen An-
 fertigung von
Paßbildern
 empfiehlt sich
Hermann Traub, Durlach
 Zehntstr. 7. Tel. 461.

Laden
 für Lebensmittel, wo-
 möglich Hauptstraße, zu
 mieten gesucht.
 Offerten unter Nr. 87
 an den Verlag.

**Fließiges, ehrliches
 Mädchen**
 sucht Stellung. Näheres
 Bismarckstr. 12, 2. St.

Zuchthahn
 (amerikan. Leghorn) u.
 1 großer eiserner Wasch-
 kessel zu verkaufen.
 Blatterstr. 11, 2. St.
 Eine Strickmaschine,
 2 Wagen u. 1 Zen-
 trifuge zu verkaufen
 Hugo Rothweiler,
 Bergbahnen,
 Durlachstr. 63.
 Ein fast neuer
 Federpreiswagen
 mit Patentreifen 25-
 30 Str. Tragkraft hat
 zu verkaufen
 Gärtnerei A. Huber,
 Wolfartsweiler.

**Hochfeinfähige
 Saattartoffel** aus anderem
 Boden
 Bringe auch dieses Jahr wieder ins Haus
 frühe Kaiserkrone, Zindurrie u. Dren-
 wälder, gelbkeimige Wollmann rot-
 häutig und auch weiße Sorten zum billi-
 gen Tagespreis
 Bestellungen nimmt entgegen
**Darmstädter Hof u. Gasthaus z. Sonne
 Phil. Geiger, Ruhardt (Pfalz)**

Insertieren bringt Erfolg!

Eine schöne große
3 Zimmerwohnung
 gegen eine 1. oder 2
 Zimmerwohnung zu
 tauschen gesucht.
 Offerten unt. Nr. 91
 an den Verlag.

**2 möblierte ineinan-
 dergehende
 Zimmer**
 mit Küche sofort oder
 auf 1. März zu ver-
 mieten.
 Näheres im Verlag.

Möbl. Zimmer
 in schöner Lage, elektr.
 Licht, separat. Eingang,
 an anständigen Herrn
 oder Fräulein sofort od.
 später zu vermieten
 Wilmersstr. 23, 2. Stock.

Acker
 in der Waldstraße auf
 längere Jahre zu ver-
 pachten. Angebote unt.
 Nr. 88 an den Verlag.

Geschäftsempfehlung.
 Bringe mein Repara-
 turgeschäft v. Schrauben
 und Stiefeln in em-
 pfehlende Erinnerung.
 Achtungsvoll
Christian Ziemer
 Schuhmachermeister
 Königsstraße 4.

Achtung!
 Empfehle mich im Herrichten von Gärten
 sowie in sämtlichen in die Landschaftspflege
 eingreifenden Arbeiten bei billiger Berech-
 nung und sachmännischer Ausführung.
Grüzingen Gustav Martin Midplatz 5

Achtung!
 Empfehle mich in allen
 im meißlich einschlagenden
 Reparaturen bei
 billiger Berechnung.
Fritz Kernberger
 Zimmermann
 (Bettungshaus).

Kinderswagen
 gebraucht, gut erhalten,
 zu kaufen gesucht.
 Offerten mit Preis-
 angebot unter Nr. 93
 an den Verlag.

Ihr Herz
 Ihre Nerven und Ihre Verdauung erleiden keine
 Störung, wenn Sie anstatt Bohnenlaffee Quinoa
 trinken. Der Arzt empfiehlt ihn nicht nur Kranken
 und Kindern, sondern jedermann als tägliches
 Getränk. Die Hausfrau schätzt Quinoa, weil er
 wohlschmeckend und billig ist.

Bruchleiden
 Glänzende Heilerfolge. Ohne Operation, ohne
 Verunsicherung. Ueber hundert amtlich beglau-
 bigte Zeugnisse der nach unserer Methode Ge-
 heilten liegen vor. Zum Beispiel:
 Teile Ihnen ergeben mit, daß mein Leisten-
 bruch, trotz meiner schweren Arbeit durch
 Ihre Kur vollständig ausgeheilt ist. Ich
 danke Ihnen und kann Sie jedem empfehlen.
 Viberach, aea. J. B.
 Ich litt an einem doppelseitigen Leistenbruch,
 der mir viel Beschwerden verursachte. Durch
 Ihre Kur bin ich vollständig geheilt.
 Ullm a/D., aea. A. B.
 Wer unseren speziell ausgebildeten, appro-
 bierten Arzt in der Sprechstunde in Karlsru-
 ruhe sprechen will, teile uns dieses bis zum 27.
 Febr. mit. Antwort erfolgt rechtzeitig. Beson-
 dere Reisekosten werden nicht berechnet.
 Anmeldungen an:
 Institut für orthopädische Bruchbehandlung Bremen,
 Kaiser-Friedrichstraße 11 s.

Geschäftsempfehlung.
 Bringe hiermit der werten Ein-
 wohnerschaft von Durlach mein Ge-
 schäft in empfehlende Erinnerung
 Mein ganzes Bestreben wird sein, die
 Kundschaft auch weiterhin schnell u.
 prompt zu bedienen. Erklärliche Aus-
 führung und Verwendung guten
 Materials
 Maß- u. Reparaturgeschäft
Aug. Müller, Schuhmacher
 Werderstraße 9.

Möbel
**Speisezimmer, Herren-
 zimmer, Schlafzimmer,
 Küchen**
 sowie einzelne
**Möbelstücke
 Betten, Schränke,
 Tische, Stühle,
 Vertikos, Büffets,
 Divans, Chaiselongues**
 usw. in bekannt großer Auswahl zu
 allerbilligsten Preisen.
Möbelhaus
Mater Weinheimer
 Kronenstr. 32, KARLSRUHE,
 Telefon 2415.
 Zahlungsrichterrung.

Bestes Mittel gegen Husten.
 Heiserkeit, Verschlei-
 mung, Kartarrh.
**Kaisers
 Brust-
 Caramellen**
 7000 Zeugnisse
 aus allen
 Kreisen beweisen die
 einzigartige Wirkung.
 Von Millionen Men-
 schen in täglicher Gebrauch,
 schützen vorzüglich vor
 jeder Erkältung, deshalb sollten Sie dieses
 vorzügliche Hustenmittel stets bei sich
 führen. — **Buntel 40 Pfg., Dose 50 Pfg.**
 Achten Sie auf die Schutzmarke.
 Zu haben bei: Löwen-Apotheke, Osk. Weil,
 Jund's Einhornapotheke, H. Garizen, Hirsch-
 Apotheke, Ernst Gromann, Blumen-Drog.,
 Jul. Schäfer, Adler-Arog., H. Hinkelmann,
 Central-Drog., P. Vogel u. wo Plakate sichth.

**Wohnungs-
 Veränderung.**
 Meine Wohnung be-
 findet sich Vöderstr. 8
 I. St.
 Empfehle mich im
 Baum-Putzen und
 Zweigen, sowie im
 Umstoßen u. Neu-
 legen von Rasen-
 und Ziergärten bei billi-
 ger Berechnung.
H. Debatin.

**„Nissin“
 gegen
 Kopfläuse**
 Nichts anderes nehmen!
**Einhorn-Apotheke,
 Löwen-Apotheke.**
 Empfehle Böpfe u.
 Haarteilen, defekte
 Haararbeiten repa-
 riere billig.
**H. Müsch, Friseur,
 Durlach, Waldstr. 21.**

Todes-Anzeige.
 Verwandten, Freunden und Bekannten die tieferschütternde Nachricht, daß mein lieber Mann, unser treubesorgter Vater, Großvater, Schwiegervater, Schwager und Onkel

Paul Kamolz
 infolge langjährigem schweren Leiden im Alter von 50 Jahren unerwartet schnell uns entrissen wurde.

Durlach, den 19. Februar 1926

Die trauernde Gattin u. Kinder.
 Beisetzung am Montag, den 22. Februar 1926, nachmittags 2 Uhr.

Voranzeige:
Kirchenmusikalische Gedächtnisfeier
 am Gefallenengedenktage, 28. Februar, nachmittags 3 Uhr in der Kirche in Durlach-Aue.

Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz Durlach.
 Am Dienstag, den 23. d. Mts., abends 8 Uhr, findet in der Lessingschule (Schloß-Tafel) ein

Lichtbilder-Vortrag
 über Rettungsschwimmen mit Wiederbelebungsvorlesung statt.

Zu diesem Vortrag werden die Mitglieder mit der Bitte eingeladen, vollständig zu erscheinen.
 Der Kolonnenführer.

Am Sonntag nochmals auf dem Viehmarkt beim Bahnhof

Volksbelustigung
 Karussell, Schiffschaukel
 Zuckerbuden.

Ergebenst laden ein
 Die Besitzer.

„Schwanen“ Durlach-Aue.
 Bringe heute Samstag, den 20. 2. 26

Berthold-Bräu
 zum Anschlag, was ich meine werten Gäste und Gönner freundlichst einlade.
 Hochachtungsvoll
 Friedr. Rucht z. Schwanen.

Mich. Werkstätte
Albert Meier,
 Durlach, Jägerstraße 11.
 Vertreter der M. S. U. u. N. M. A. sowie Badenia-Werke Gaggenau.



Empfehle fortwährend neue u. gebrauchte **Motor- u. Fahrräder,** sowie sämtliche Ersatzteile zu Entzerrungslos billigen Preisen in nur erstkl. Ware.

Kerner übernehme sämtliche vorkommend. Reparaturen an Kraftfahrzeugen sowie das vorchriftsmäßige Instandsetzen nach der B. D. d. Reichsverkehrsministeriums v. 5. Dez. 1925, wonach ab 1. März sämtliche Kraftfahrzeuge eine kleine Uebernahme erfahren.

Uebernehme auf Wunsch das Vorfahren der Fahrzeuge beim Bezirksamt Karlsruhe.

Ein noch sehr gut erhaltenes blaues **Kofium** für große starke Figur f. 16. hat abzugeben. Zu erfragen im Berl.

Kalbin,
 30 Wochen trüchtig, gewöhnt, ist zu verkaufen bei **Wilhelm Naviol,** Palmbach.

ARTILLERIEBUND - ST. BARBARA
DURLACH
 Am Sonntag, den 21. 2. 26 nachm 3 Uhr findet im Vereinslokal „Roter Löwen“ hier, unsere diesjähr. ordentl. Generalversammlung statt.

Tagesordnung nach § 6 der Satzungen.
 Wünsche und Anträge sind dem Vorstand bis zum 20. 2. 26 spätestens einzureichen.
 Sämtliche Mitglieder, sowie noch fernliehende Artilleristen und Angehörige der technischen Waffen werden hierzu freundlichst eingeladen.
 Der Vorstand

Kath. Arbeiter-Verein Durlach.
 Sonntag, 21. Febr. nachm. 7/8 Uhr **Konzilsversammlung** in der Traube.
 Referent Bezirksvorst. Meyer.
 Alle Mitglieder, sowie Freunde der sozial. Arbeiterbewegung u. der Zentrumspartei sind freundlichst eingeladen.
 Der Vorstand.

Einen **Sprech-Apparat** formschön als Möbel, mit doppelter Tönführung und zwei Schallkösen, finden Sie in dem **Melodiphon** für Musik im eigenen Heim, wie für Säle gleichgut geeignet.
 Vorführung ohne Kaufzwang bei der Alleinvertretung **Musikhaus Weid** Durlach
 Sprechapparate und Schallplatten in allen Gattungen u. Preislagen.

Zur **Frühjahrsbestellung** empfehlen wir:
 Zugmaschinen
 Pflüge
 Kultivatoren
 Ackerschleifen
 Ackereggen
 Saateggen
 Wieseneggen
 Sämaschinen
 Walzen
 Jauchepumpen für Hand- u. Kraftbetrieb
 Jauchefässer
 Düngerstreummaschinen
 Düngerwannen

Kerner machen wir auf unsere sonstigen landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte aller Art aufmerksam.
 Reichhaltiges Lager, mäßige Preise, günstige Zahlungsbedingungen.

Einkaufs-Vereinigung Süddeutscher Landwirte G. m. b. H.
 Durlach
 Tel. 62. Hauptstr. 2.

Fahrräder
Marken-Maschinen von 120. an bei 20. Anzahlung, allst. Zahl.-Bed.
 Reparaturen, Rahmenwäsch., Gummi u. Ersatzteile, eigene Emalierung u. Verschlusung.
 Reparaturen an Kraftfahrzeugen.
 Beste Reparaturwerkstätte am Blage.
 Billigste Preise.
Heinrich Busch,
 Durlach Hauptstr. 73 im Wandrinus.

Goldner Löwen
 (gegenüber dem Rathaus)
 Jeden Samstag u. Sonntag
Jazz-Konzert.



DAPOLIN
 bester Betriebsstoff aus der in Berghausen bei Durlach kürzlich errichteten **Dapolinpumpe** bei **August Merkle** Café-Restaurant Forsthaus Hauptstrasse 21.

DEUTSCH-AMERIKANISCHE PETROLEUM-GESELLSCHAFT
 Verkaufs-Contor Karlsruhe Herrenstr. 3. Telefon 720

Kunst-Stopferei und Handweberei.
 Leiste das Beste auf dem Gebiete der unsichtbaren Wiederherstellung beschädigter Kleidungsstücke in Stoffen aller Art, auch werden Kleider zum unsichtbaren Flickern angenommen. Mäßige Preise. Gute Bedienung
 Telefon Nr. 4598 **Gottfried Wolf** Karlsruhe in Baden
 Herren- u. Damenschneiderei, 27 Zirkel 27.

Bankhaus Veit L. Homburger
 Tel. 35, 36 Karlsruhe i. B. Karlstr. 11
 4391 bis 4397 geggr. 1854
 Postscheck 36
 empfiehlt sich zur Erledigung aller einschlägigen Geschäfte insbesondere

Ankauf von Wertpapieren (10% ige Goldpfandbriefe)
Annahme von Depositengeldern
Hypothekengelder-Ausleihung und -Beschaffung
Aufwertungsangelegenheiten
Nachlassregelungen und Vermögensauseinandersetzungen.

Radio-Empfangsapparate,
 erstklassige Fabrikate, mit und ohne Verstärker, werden in den Abendstunden in Betrieb vorgeführt.
A. Weiler
 Altmendstr. 1.

Violin-Unterricht
 p. Stunde 1.— für Anfänger wird unter Garantie erteilt, auch im eigenen Heim. Anmeldung u. Kaschritten unter Nr. 89 an den Verlag d. Bl. erb.

Schön gelegenes **großes Zimmer** in der Zumburggasse i. ruh. kinderl. Haus an best. Herrn (Danern) f. 1. März zu verm. Näheres im Verlag.

Ein kräftiges Schwarzwaldmüdel **Dorothea** ist bei uns angekommen.
 In dankbarer Freude
Reg. Rat Dr. Geyer und Frau Berta geb. Beer
 Neustadt/Schwarzwald

Zur Konfirmation empfehle ich:
Weiß- u. Rotweine
 in anerkannt guter Qualität.
Ulbert Noos,
 Weingroßhandlung: Braunweinbrennerei

Gasthaus zum Lamm
 Grünweltersbach.
 Morgen **Großes Starkbierfest** mit Konzert.
 Ratsherrn-Bräu direkt vom Fab.
 Gleichzeitig empfehle ich meine hausgem. Würstwaren.
 Um geneigten Zuspruch bittet
Wilhelm Scheurer
 Metzger u. Wirt.

Restaurant Bürgerhof
 Beiertheim.
 Morgen **Großes Starkbierfest**
 Jazzband Adams
 — Sehenswerte Dekoration. —
 Es ladet höflichst ein
C. Wagner.

Grabdenkmalgeschäft
Fritz Herrmann
 Wohnung: Weingartenstr. 29 Lager: Arützingerstr. 60/61
Geschäfts-Empfehlung.
 Der titl. Einwohner von Durlach und Umgebung zur gefl. Kenntnis, daß ich mein Lager in fertigen Denkmälern bedeutend vergrößert habe.
 Ferner empfehle ich mich in der Ausführung sämtlicher einschlägigen Arbeiten, Renovieren alter Denkmäler, Vergolden von Inschriften, Uebernahme sämtlicher Bauarbeiten in Kunst- und Naturstein, sowie Nacharbeiten aller Art.
 Reelle Bedienung bei billigster Berechnung und nur erstklassiger Ausführung wird zugesichert.
 D. D.
 NB. Zur gefl. Orientierung diene, daß ich auch an Sonntagen auf meinem Lagerplatz Gröhingerstraße 60/61 anwesend bin. Gleichzeitig mache ich darauf aufmerksam, daß ich mit dem Grabdenkmalgeschäft Karl Herrmann nicht identisch bin.

Alte Reichsbanknotenbefähigung
 (Vorkriegszeit)
 haben vom Montag bis Mittwoch Gelegenheit sich als Mitglied anzumelden im Lokal „Residenz“ Nebenzimmer (Kronenstrasse).
Einmaliger Beitrag ist 4 Mark
Südd. Reichsbankglaubiger-Verband G. V. München.
 Bezirksgeschäftsstelle:
Bruchsal, Friedrichstr. 48,
 oder im Vereinslokal Gasthaus zum Lamm